

geschlechtergerechter
Studie #3

Die Teilzeit- Studie

Februar 2023

Inhalt

1	In Kürze	3
1.1	Zu dieser Studie	3
1.2	Wichtigste Ergebnisse – die Übersicht	4
2	Haltung zur Erwerbsarbeit	9
2.1	Der grosse Widerspruch	9
2.2	Potenzial der Digitalisierung	14
2.3	Wenn man finanziell ausgesorgt hätte	17
2.4	Fachkräftemangel: Wer ist gefordert?	19
2.5	Einseitige Wahrnehmung von Teilzeitarbeit	21
3	Familien und Erwerbsmodelle	25
3.1	Ideale Erwerbsbeteiligung – mit und ohne Kinder	25
3.2	Gelebte Erwerbsmodelle	31
3.3	Welche Erwerbsbeteiligung erwartet wird	36
3.4	Sich rechtfertigen müssen	39
3.5	Warum nicht mehr gearbeitet wird	42
4	Politische Massnahmen	46
4.1	Sie wollen beides: Kitaplatz und Herdprämie	46
4.2	Keine Gratis-Kita-Plätze	50
4.3	Erwerbsanreize und Individualbesteuerung	51
4.4	Mehr Lasten für freiwillig Geringverdienende	57
4.5	Populäre Viertagewoche	60
5	Methodik	63
6	#geschlechtergerechter	64

Impressum

Verein Geschlechtergerechter, 02/2023

Sotomo, Dolderstrasse 24, 8032 Zürich.

Projektteam: Michael Hermann, Julie Craviolini, Anna John

Berichtgestaltung: Stillhart

In Kürze

1.1. Zu dieser Studie

Wenn die geburtenstarken Jahrgänge ins Pensionsalter kommen und die Gesellschaft altert, erhöht dies nicht nur den Druck auf das Rentensystem, sondern verstärkt auch den Fach- und Arbeitskräftemangel. Die vorliegende Studie zeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung aus diesen Gründen findet, dass wir in der Schweiz mehr arbeiten müssten. Zugleich macht die Befragung jedoch deutlich, dass eine noch grössere Mehrheit der Ansicht ist, dass wir in der Schweiz eigentlich zu viel arbeiten. Dies bringt ein beträchtliches Spannungsfeld zum Ausdruck, das gerade auch im Familienkontext bedeutsam ist.

Die Rolle der Erwerbsarbeit sowie der Umgang mit verschiedenen Erwerbsmodellen bilden das Schwerpunktthema 2023 der Initiative geschlechtergerechter.ch. Als Ort für den Geschlechterdialog will #geschlechtergerechter die Debatte anstossen für ein chancen- und geschlechtergerechtes Miteinander in der Schweiz. Als Debattraum bezieht die Initiative unterschiedliche Strömungen, Meinungen und Lebensentwürfe ein. Wie diese Studie zeigt, müssen Eltern von betreuungspflichtigen Kindern sich in der Schweiz doppelt so häufig über das von ihnen gewählte Erwerbsspensum rechtfertigen als Paare ohne Kinder. Sobald Kinder da sind, entstehen Erwartungen durch das Umfeld und die Öffentlichkeit. Es geht dabei nicht nur ums Kindeswohl, sondern auch um die Folgen für die eigene Altersvorsorge.

Die Studie macht einen grossen Widerspruch der Schweizerinnen und Schweizer in ihrer Haltung zur Erwerbsarbeit sichtbar zwischen ökonomischer Einsicht («eigentlich müssten wir mehr arbeiten») und lebensweltlicher Erfahrung («wir ordnen in der Schweiz der Arbeit zu viel unter»). Dieses Spannungsfeld prägt den Umgang und die Einstellungen zur Erwerbsarbeit und es führt zu scheinbar widersprüchlichen Haltungen zu politischen Forderungen. So unterstützt eine Mehrheit garantierte Krippenplätze für alle sowie die Einführung einer Individualbesteuerung – beides sind Massnahmen, die zu einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, insbesondere der Mütter, beitragen könnten. Zugleich ist eine Mehrheit auch der Ansicht, dass Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, dafür finanziell

entschädigt werden sollten. Dies ist eine Massnahme, die es für Eltern attraktiver macht, nicht erwerbstätig zu sein.

Die Ergebnisse der durch Sotomo umgesetzten Studie sind repräsentativ für die sprachintegrierte Bevölkerung der Deutschschweiz und der französischsprachigen Schweiz. Hierfür wurden Ende November bis Anfangs Dezember 2022 über 2000 Personen ab 18 Jahren befragt.

1.2. Wichtigste Ergebnisse – die Übersicht

Haltung zur Erwerbsarbeit

Der grosse Widerspruch: 56 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer sind der Meinung, dass wir aufgrund der Alterung der Gesellschaft und des Fachkräftemangels eigentlich mehr arbeiten müssten (Abb. 1). Gleichzeitig finden jedoch 68 Prozent der Befragten, dass wir in der Schweiz ganz grundsätzlich zu viel arbeiten. Dieser zentrale Widerspruch prägt die Wahrnehmung der Erwerbsarbeit. Es kommt darin ein Spannungsfeld zwischen ökonomischer Einsicht («eigentlich müssten wir mehr arbeiten») und lebensweltlicher Erfahrung («wir ordnen in der Schweiz der Arbeit zu viel unter») zum Ausdruck. Dieser nicht auflösbare Gegensatz führt zu teilweise paradoxen Einschätzungen und Urteilen. Generell nehmen Frauen häufiger die lebensweltliche Sicht ein und finden, es werde zu viel gearbeitet, während bei Männern die ökonomische Sichtweise mehr Gewicht hat (Abb. 2). Besonders ausgeprägt ist das Spannungsfeld bei jungen Erwachsenen. Diese sind besonders häufig der Ansicht, wir müssten eigentlich mehr arbeiten und finden zugleich besonders oft, es werde in der Schweiz zu viel gearbeitet (Abb. 4).

Potenzial der Digitalisierung wird nicht gesehen: Eine der wenigen Möglichkeiten, diesen grossen Widerspruch aufzulösen, liegt in der fortschreitenden Digitalisierung: Robotik und Methoden der Künstlichen Intelligenz schaffen potenziell die Möglichkeit, durch Produktivitätsgewinne die Wertschöpfung zu erhöhen und zugleich der Bedarf an menschlicher Arbeitskraft zu reduzieren. Heute sind jedoch nur 32 Prozent der Ansicht, dass in der Digitalisierung das Potenzial liegt, den grossen Widerspruch aufzulösen (Abb. 5).

Wenn man finanziell ausgesorgt hätte: Rund drei Tage in der Woche würden die Befragten im Erwerbsalter noch arbeiten, wenn sie finanziell ausgesorgt hätten. Entgegen dem Vorurteil sind es dabei nicht die jungen Erwachsenen, die ihr Pensum am meisten reduzieren würden, sondern eher die älteren (Abb. 8). Geht es nach Partei-orientierung sind es nicht etwa die Befragten aus dem linken Spektrum, die ihre Arbeitszeit am meisten reduzieren würden. Wenn sie

finanziell ausgesorgt hätten, würde die Basis der SVP mit einem Pensum von 56 Prozent am wenigsten arbeiten (Abb. 9). Offenbar arbeiten viele Personen, die der SVP nahestehen, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen.

Arbeitskräftemangel - Mütter stehen nicht im Fokus: Wenn es darum geht, welche demographische Gruppe einen Beitrag gegen den Fachkräftemangel leisten sollte, sehen die Befragten an erster Stelle kinderlose Personen, die Teilzeit arbeiten, in der Pflicht. 46 Prozent sind der Ansicht, dass diese Gruppe mehr arbeiten sollten. Am wenigsten häufig (31%) in die Pflicht genommen werden Teilzeitmütter (Abb. 11). Dies ist bemerkenswert, denn die aktuelle politische Debatte fokussiert sich vor allem auf die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Mütter.

Teilzeitarbeit ist weiblich konnotiert: Eine klare Mehrheit (62 %) der Frauen erachtet Teilzeitarbeit als etwas typisch Weibliches (Abb. 15). Demgegenüber machen nur 32 Prozent der Männer diese Assoziation. Die Vorstellung von Teilzeitarbeit als etwas Weibliches ist nicht primär eine Fremdzuschreibung durch die Männer, sondern wird ganz wesentlich durch Frauen geprägt. Diese kognitive Prägung bei den Frauen selbst kann dazu beitragen, dass Frauen oftmals ihr Pensum nicht erhöhen, auch wenn die Kinder grösser werden.

Familie und Erwerbsmodelle

Das 50-80-Ideal: Aus Sicht der Schweizer Bevölkerung liegt das ideale Erwerbsmodell für Eltern von Kleinkindern bei 80 Prozent für den Vater und 50 Prozent für die Mutter. Dieses Ideal gilt gleichermaßen für Eltern von Kindern im schulpflichtigen Alter. Die Schweizer Bevölkerung ist der Ansicht, dass Mütter langfristig nur mit einem Bein im Arbeitsleben stehen sollten. Frauen selbst erachten 60 Prozent als die ideale Erwerbsbeteiligung für Mütter mit Kindern im schulpflichtigen Alter (Abb. 17). Je jünger die Befragten, desto egalitärer sind ihre Idealvorstellungen, wenn es um die Aufteilung der Erwerbsarbeit geht (Abb. 18). Besonders bedeutsam für die Einschätzung der Erwerbsmodelle sind Bildungsabschlüsse. Personen mit Hochschulabschluss erachten eine deutlich höhere Erwerbsbeteiligung von Müttern als erstrebenswert. Dies gleicht die tiefer angestrebte Erwerbsbeteiligung der Väter mehr als nur aus (Abb. 19).

Gelebte Erwerbsmodelle: In Realität arbeiten die Mütter von betreuungspflichtigen Kindern im Durchschnitt 55 Prozent, die Väter 91 Prozent (Abb. 21). Das heisst, dass insbesondere die Väter vom 80-Prozent-Ideal abweichen und mehr arbeiten. Von grosser Tragweite ist, dass sich dieses Erwerbsmodell auch bei Eltern von erwachsenen Kindern durchsetzt. Ist die Ungleichheit

in der Erwerbsbeteiligung zwischen Vätern und Müttern etabliert, bleibt diese meist bestehen, auch wenn die Kinder längst ausgeflogen sind. Nicht nur im angestrebten Ideal, sondern auch in der Erwerbsrealität ist die Erwerbsbeteiligung von Eltern mit betreuungspflichtigen Kindern und Hochschulabschluss insgesamt am grössten und ausgeglichsten. Entgegen den gängigen Vorurteilen arbeiten Paare und Eltern, die linken Parteien nahestehen, insgesamt nicht weniger als solche, die der SVP nahestehen. Allerdings ist bei Eltern von betreuungspflichtigen Kindern der Unterschied in der Erwerbsbeteiligung von Vätern und Mütter im rechten Spektrum deutlich grösser.

Eltern müssen sich rechtfertigen: Es sind insbesondere Eltern von betreuungspflichtigen Kindern, die angeben, dass sie sich für ihr Erwerbsspensum rechtfertigen müssen – Mütter mehr noch als Väter (Abb. 31). Dies zeigt deutlich, dass die Erwerbssituation von Personen ohne Kinder viel eher als individueller Entscheid und als Privatsache angesehen wird als die Erwerbssituation von Eltern bzw. von Familien. Sobald Kinder dazukommen, entstehen Erwartungen durch das Umfeld und die Öffentlichkeit. Generell gilt: Männer müssen sich eher rechtfertigen, wenn sie weniger arbeiten und Frauen, wenn sie mehr arbeiten.

Weniger arbeiten, weil sich Mehrarbeit nicht lohnt: Der Wunsch nach Freizeit ist der wichtigste Grund nicht mehr zu arbeiten. Doch neben der persönlichen Prioritätensetzung spielen auch Restriktionen für den Verzicht auf höhere Pensen eine Rolle. 14 Prozent der Mütter und 16 Prozent der Väter, die nicht Vollzeit arbeiten, stocken nicht auf, weil es sich finanziell nicht lohnt. 17 Prozent der Teilzeit-Mütter und Hausfrauen mit betreuungspflichtigen Kindern geben an, dass sie nicht mehr arbeiten, weil es an Betreuungsmöglichkeiten fehlt. Bei den Vätern in derselben Situation sind es 12 Prozent. Attraktivere steuerliche Rahmenbedingungen und bessere Betreuungsmöglichkeiten würden nicht nur die Erwerbsintegration von Eltern mit kleinen Kindern verbessern. Weil die Erwerbsbeteiligung pfadabhängig ist, erhöhen diese mittelfristig auch die Erwerbsintegration der Eltern von erwachsenen Kindern.

Politische Massnahmen

Sie wollen beides: Kitaplatz und Herdprämie: 58 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass alle Kinder ab 3 Monaten einen gesetzlich zugesicherten Betreuungsplatz erhalten sollten (Abb. 36). Dies zeigt, wie gross die Akzeptanz und Unterstützung der Fremdbetreuung von Kindern heute in der Schweiz ist. Daraus darf allerdings nicht abgeleitet werden, dass die Schweizer Bevölkerung sich konsequent für Massnahmen ausspricht, die zu einer vermehrten Erwerbstätigkeit von Eltern beitragen. Noch

mehr Befragte (64 %) sind der Ansicht, dass Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, dafür finanziell entschädigt werden sollten. Sie unterstützen also auch Massnahmen, welche es für Eltern attraktiver machen, nicht erwerbstätig zu sein. Die volkswirtschaftliche Perspektive steht offenbar nicht im Vordergrund. Die Bevölkerung spricht sich für die Unterstützung von Familien aus, unabhängig von der Wirkung auf die Erwerbsbeteiligung.

Keine Gratis-Kita-Plätze: Die Schweizer Bevölkerung ist der Ansicht, dass der grössere Teil (64 %) der Kosten für die externe Kinderbetreuung von den Eltern übernommen werden soll (Abb. 40). Die Basis der linken Parteien (Grüne und SP) will zwar mehr staatliche Unterstützung, jedoch nicht mehr als eine 50-50-Kostenteilung zwischen Eltern und Staat.

Im Grundsatz für die Individualbesteuerung: Die Einführung einer Individualbesteuerung wird von 70 Prozent tendenziell begrüsst (Abb. 41). Die Individualbesteuerung führt dazu, dass Paare mit ausgeglichenen Einkommen bessergestellt werden im Vergleich zu Paaren mit nur einem Haupteinkommen. Doch während 47 Prozent eine steuerliche Entlastung der Zweiteinkommen klar befürworten, sagen nur 32 Prozent klar Ja zur Individualbesteuerung, die Ehepaare mit einem klaren Haupteinkommen zusätzlich belastet. Die Konkretisierung des Anliegens führt zu Vorbehalten. Obwohl die aktuell hängige Volksinitiative zur Einführung einer Individualbesteuerung von den FDP-Frauen lanciert wurde, ist deren Ablehnung ausgerechnet bei der FDP-Anhängerschaft am grössten (Abb. 42). Die deutlichste Zustimmung besteht dagegen bei der Basis der SP. Die SP-Basis kennt heute die egalitärste Aufteilung der Erwerbseinkommen. Sie würde, ohne Veränderung der Erwerbsbeteiligung, am meisten von einer Individualbesteuerung profitieren.

Mehr Lasten für freiwillig Geringverdienende: Familien mit tieferen Einkommen erhalten in verschiedenen Bereichen Vergünstigungen – so etwa bei Kita-Kosten oder Krankenkassenprämien. Auch Personen mit einem hohen Lohnniveau, die Teilzeit arbeiten, haben ein tieferes Einkommen und profitieren oft von solchen Vergünstigungen. 70 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass diese keinen Anspruch auf Vergünstigungen mehr haben sollten (Abb. 46). Immerhin 46 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass wer eine längere Ausbildung genossen hat und später weniger als 60% arbeitet, einen Teil der vom Staat getragenen Ausbildungskosten zurückzahlen sollte (Abb. 48).

Populäre Viertagewoche: Als Massnahme gegen den Fachkräftemangel und für mehr Gleichberechtigung hat Island die gesetzliche Arbeitswoche auf vier Tage verkürzt. Andere Länder wie Spanien evaluieren eine solche Massnahme. Diese soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und damit insbesondere die Er-

werbsintegration von Müttern erhöhen. Auch in der Schweiz wird über die Viertagewoche diskutiert. Sie findet in der Bevölkerung breite Unterstützung. Zwei Drittel der Befragten begrüßen eine Viertagewoche eher oder klar.

Haltung zur Erwerbsarbeit

Wie viel wollen und wie viel sollen wir arbeiten? An dieser Frage akzentuiert sich das innere Spannungsfeld der Schweizer Bevölkerung, wenn es um ihre Haltung gegenüber Erwerbsarbeit in der Schweiz geht. Der Notwendigkeit aufgrund demografischer Entwicklungen in Zukunft mehr arbeiten zu müssen, um den Wohlstand zu erhalten, steht die Einschätzung gegenüber, dass die Erwerbsarbeit bereits heute in der Schweiz zu viel Zeit einnimmt. In diesem Spannungsfeld liegen die teils widersprüchlichen Aussagen und Einschätzungen der Bevölkerung, die sich in dieser Studie zeigen.

2.1. Der grosse Widerspruch

56 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer sind der Meinung, dass wir aufgrund der Alterung der Gesellschaft und des Fachkräftemangels eigentlich mehr arbeiten müssten (Abb. 1). Die Mehrheit der Bevölkerung ist sich offenbar bewusst, dass der demographische Wandel und die damit wachsende Last auf der verbleibenden Erwerbsbevölkerung eine Herausforderung für die Altersvorsorge und die Sicherung des Wohlstands bedeutet. Gleichzeitig finden jedoch 68 Prozent der Befragten, dass wir in der Schweiz ganz grundsätzlich zu viel arbeiten. Eine klare Mehrheit ist offenbar der Ansicht, dass die Erwerbsarbeit heute in der Schweiz einen zu grossen Teil der Lebenszeit besetzt.

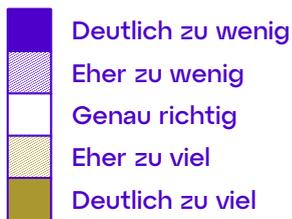
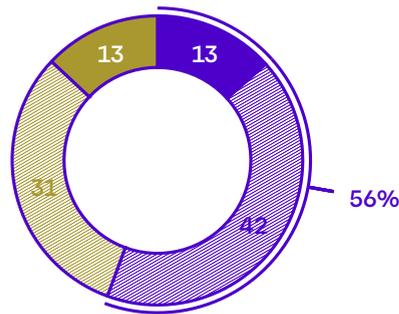
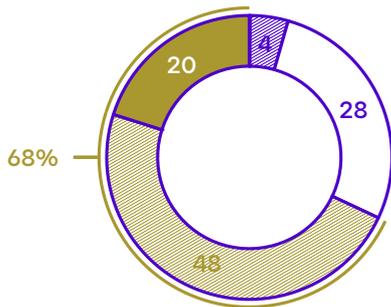
Dieser zentrale Widerspruch zwischen der Vorstellung, eigentlich mehr arbeiten zu müssen und der Ansicht, dass in der Schweiz zu viel gearbeitet wird, prägt die Wahrnehmung der Erwerbsarbeit in diesem Land. Es kommt darin ein Spannungsfeld zwischen ökonomischer Einsicht («eigentlich müssten wir mehr arbeiten») und lebensweltlicher Erfahrung («wir ordnen in der Schweiz der Arbeit zu viel unter») zum Ausdruck.

Zu viel oder zu wenig arbeiten – zwei Perspektiven (Abb. 1)

«Was ist Ihre Meinung, arbeiten wir in der Schweiz zu viel oder zu wenig?»,
 «Es gibt in der Schweiz immer mehr ältere und weniger jüngere Menschen. Momentan werden erstmals mehr Arbeitnehmer:innen pensioniert, als neue in den Arbeitsmarkt eintreten. Denken Sie, dass wir deshalb in Zukunft mehr arbeiten müssen, um die Schweizer Wirtschaft aufrecht zu erhalten?», Angaben in Prozent

Was ist Ihre Meinung, arbeiten wir in der Schweiz zu viel oder zu wenig?

Denken Sie, dass wir deshalb in Zukunft mehr arbeiten müssen, um die Schweizer Wirtschaft aufrecht zu erhalten?



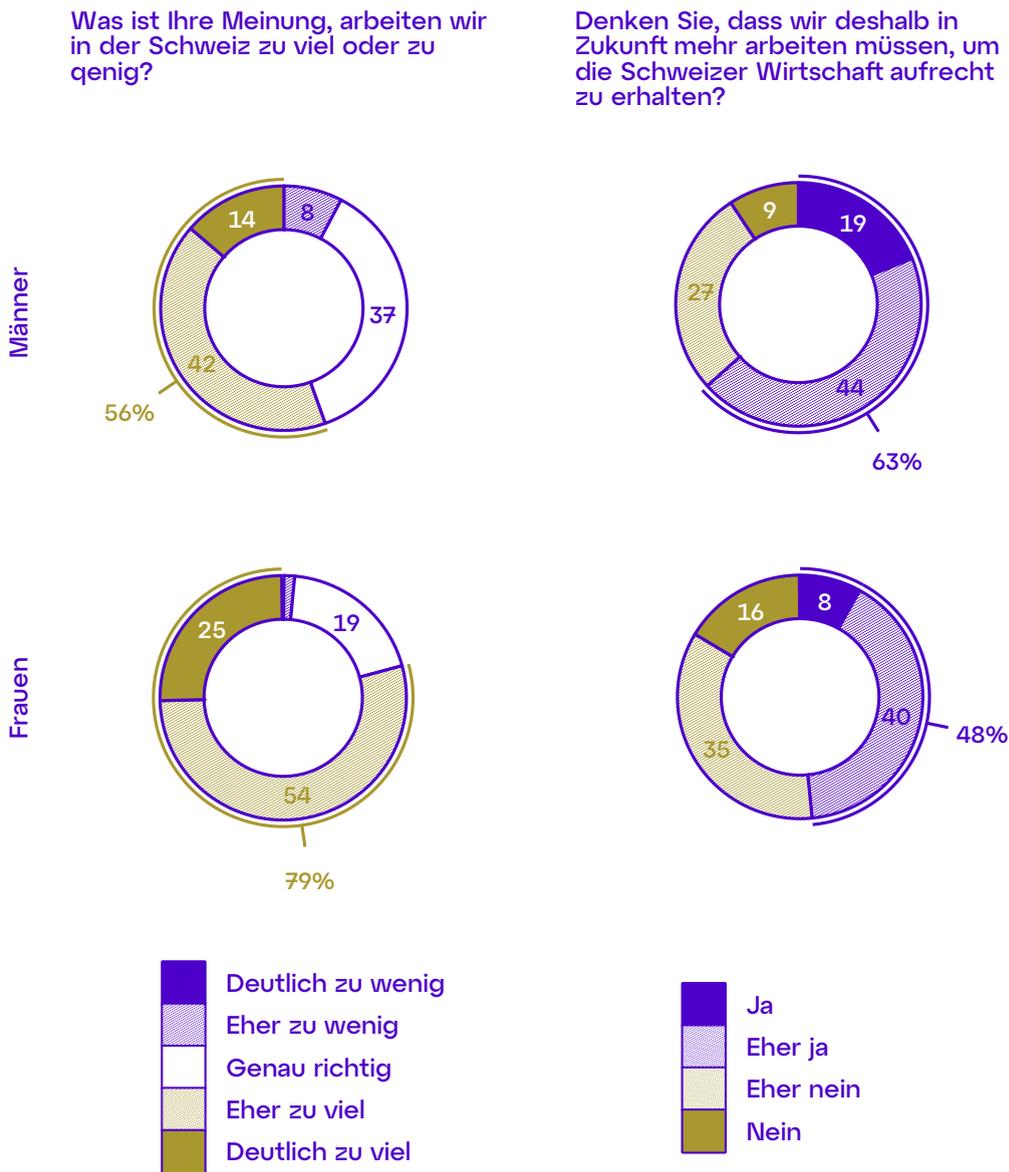
Der nicht auflösbare Gegensatz führt zu teilweise paradoxen Einschätzungen und Urteilen. Nicht nur in dieser Studie, sondern auch im politischen Alltag kommen in diesem Themenfeld immer wieder widersprüchliche Positionen zum Vorschein. Der ökonomischen Einsicht, dass die Erwerbsquote eigentlich erhöht werden sollte, steht ein starkes Bedürfnis nach einer Gesellschaft entgegen, in der die Erwerbsarbeit das Leben weniger dominiert.

Die Mehrheit findet zugleich, dass wir mehr arbeiten müssten und, dass wir eigentlich zu viel arbeiten.

Frauen und Männer nehmen im Spannungsfeld zwischen ökonomischer Notwendigkeit und lebensweltlichen Bedürfnissen tendenziell unterschiedliche Positionen ein (Abb. 2). Die ökonomische Perspektive ist bei Männern stärker verbreitet. 63 Prozent von ihnen sind der Ansicht, dass wir aufgrund des demographischen Wandels eher mehr arbeiten müssten.

Zu viel oder zu wenig arbeiten – zwei Perspektiven nach Geschlecht (Abb. 2)

«Was ist Ihre Meinung, arbeiten wir in der Schweiz zu viel oder zu wenig?»,
 «Es gibt in der Schweiz immer mehr ältere und weniger jüngere Menschen. Momentan werden erstmals mehr Arbeitnehmer:innen pensioniert, als neue in den Arbeitsmarkt eintreten. Denken Sie, dass wir deshalb in Zukunft mehr arbeiten müssen, um die Schweizer Wirtschaft aufrecht zu erhalten?», Angaben in Prozent

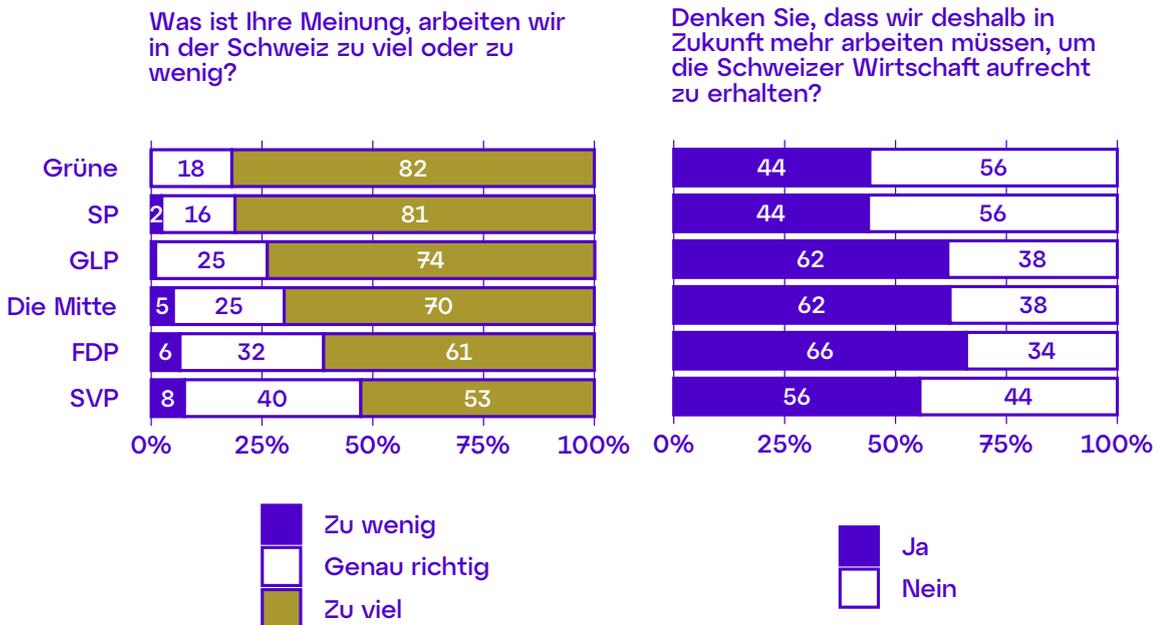


Bei den Frauen sind dies nur 48 Prozent. Demgegenüber sind viel mehr Frauen (79 %) als Männer (56 %) der Ansicht, dass wir in der Schweiz eigentlich zu viel arbeiten. Für Frauen steht folglich vermehrt der lebensweltliche Zugang zur Erwerbsarbeit im Vordergrund («Wir arbeiten zu viel in der Schweiz»). Bei Männern hat dagegen die ökonomische Sichtweise mehr Gewicht («Wir sollten mehr arbeiten zur Sicherung des Wohlstands»). Auch wenn Frauen in der Tendenz weniger zugänglich sind für ökonomische Begründungen zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung als Männer, lässt sich dieses Thema nicht auf eine reine Geschlechterdualität reduzieren. Auch eine Mehrheit der Männer ist der Ansicht, dass wir in der Schweiz eigentlich zu viel arbeiten würden. Ein Spannungsfeld zwischen ökonomischer und lebensweltlicher Sichtweise auf die Erwerbsarbeit gibt es unter Frauen ebenso wie unter Männern. Nur die Akzente unterscheiden sich.

Die generelle Haltung zur Erwerbsarbeit hängt stark von der politischen Orientierung ab. Personen, die linken Parteien nahestehen, finden beinahe ausschliesslich, dass wir in der Schweiz zu viel arbeiten (Abb. 3). Doch selbst bei der Basis von FDP und SVP ist eine Mehrheit der Ansicht, dass wir in der Schweiz zu viel arbeiten und nur die wenigsten davon sind vom Gegenteil überzeugt.

Zu viel oder zu wenig arbeiten – zwei Perspektiven nach Parteinähe (Abb. 3)

«Was ist Ihre Meinung, arbeiten wir in der Schweiz zu viel oder zu wenig?»,
 «Es gibt in der Schweiz immer mehr ältere und weniger jüngere Menschen. Momentan werden erstmals mehr Arbeitnehmer:innen pensioniert, als neue in den Arbeitsmarkt eintreten. Denken Sie, dass wir deshalb in Zukunft mehr arbeiten müssen, um die Schweizer Wirtschaft aufrecht zu erhalten?», Angaben in Prozent



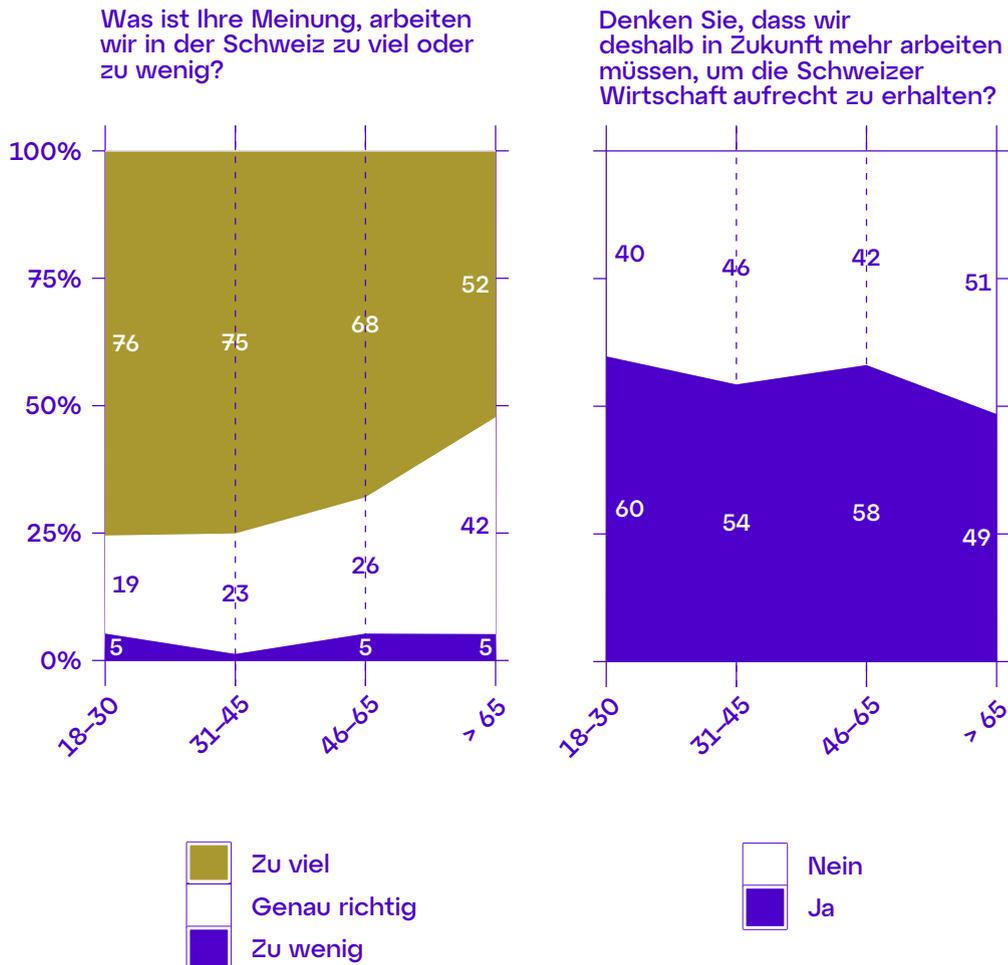
Dies zeigt, wie weit das Bild einer Schweiz, die der Arbeit zu viel Platz einräumt, verbreitet ist. Nicht einfach nach links und rechts geteilt sind die Einstellungen zur Frage, ob wir in der Schweiz mehr arbeiten sollten, um den demographischen Wandel abzufedern. Die höchste Zustimmung dafür findet sich bei der Basis der FDP mit 66 Prozent. Auch die Personen, die der Mitte oder der GLP nahestehen, sprechen sich deutlich dafür aus. Es sind Wählende von liberalen und gemässigten Parteien, die besonders offen sind für ökonomische Argumente für die Steigerung der Erwerbsquote. Weniger gross ist die Zustimmung bei der Basis der SVP und vor allem bei jener von SP und Grünen. Die linken Milieus sind mehrheitlich der Ansicht, dass der Arbeitskräftemangel kein Grund ist, mehr zu arbeiten. Für die linke Basis besteht offensichtlich kein Spannungsfeld. Sie ist konsequent der Ansicht, dass die Arbeitszeit in der Schweiz, unabhängig der ökonomischen Kosten, reduziert werden sollte. Am spannungsreichsten ist die Haltung zur Erwerbsarbeit bei der Basis von GLP, FDP und Mitte. Es sind diese Milieus, die einerseits oft überzeugt sind, dass wir aus ökonomischen Gründen eigentlich mehr arbeiten müssten und zugleich jedoch finden, dass wir in der Schweiz eigentlich zu viel arbeiten. Hier klaffen Sollen und Wollen am meisten auseinander.

Der grösste Widerspruch zwischen Sollen und Wollen besteht in der politischen Mitte.

Das innerliche Spannungsfeld zwischen einer ökonomischen und einer lebensweltlichen Sicht auf die Erwerbsarbeit zeigt sich auch in Bezug auf das Lebensalter (Abb. 4). Junge Menschen sind vermehrt der Ansicht, dass wir grundsätzlich zu viel arbeiten – ein Ergebnis, das dem verbreiteten Vorurteil entspricht. Zugleich sind es aber ebenfalls die jungen Erwachsenen, die besonders häufig finden, dass wir mehr arbeiten müssten, um den demographischen Wandel und den Arbeitskräftemangel abzufangen. Dies ist nur auf den ersten Blick erstaunlich. Die jüngeren sind am ehesten davon betroffen, wenn wir in der Schweiz die wirtschaftliche Substanz auf die lange Frist nicht halten können und die Altersvorsorge nicht gesichert wird. Das Auseinanderklaffen der beiden Ebenen zeigt eine Zerrissenheit, in der sich die Schweiz als Gesellschaft mit ihrem hohen und dennoch latent gefährdeten Wohlstandsniveau befindet. Es ist eine Zerrissenheit, die sich ganz besonders bei der jungen Generation zeigt.

Zu viel oder zu wenig arbeiten – zwei Perspektiven nach Alter (Abb. 4)

«Was ist Ihre Meinung, arbeiten wir in der Schweiz zu viel oder zu wenig?»,
 «Es gibt in der Schweiz immer mehr ältere und weniger jüngere Menschen. Momentan werden erstmals mehr Arbeitnehmer:innen pensioniert, als neue in den Arbeitsmarkt eintreten. Denken Sie, dass wir deshalb in Zukunft mehr arbeiten müssen, um die Schweizer Wirtschaft aufrecht zu erhalten?», Angaben in Prozent



2.2. Potenzial der Digitalisierung

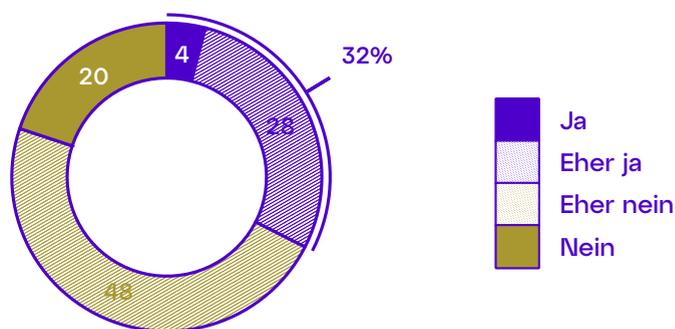
Eine der wenigen Möglichkeiten, den grossen Widerspruch aufzulösen, liegt in der fortschreitenden Digitalisierung: Robotik und Methoden der Künstlichen Intelligenz schaffen potenziell die Möglichkeit durch Produktivitätsgewinne, die Wertschöpfung zu erhöhen und zugleich der Bedarf an menschlicher Arbeitskraft zu reduzieren. Die weit verbreitete Ansicht, dass wir in der Schweiz zu viel arbeiten, könnte die Grundlage dafür sein, mehr auf das Potenzial der Digitalisierung zu setzen. Denn nur so lässt sich zugleich die Produktivität steigern und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhalten, um den demographischen Wandel abzufedern.

Nur ein Drittel sieht im digitalen Wandel einen Ansatz zur Reduktion der Arbeitszeit.

Allerdings sieht die Schweizer Bevölkerung bislang noch kaum ein solches Potenzial (Abb. 5). Dass wir dank der Digitalisierung in Zukunft tendenziell weniger arbeiten müssen, denken insgesamt nur 32 Prozent und gerade einmal 4 Prozent davon sind klar der Ansicht, dass wir deswegen weniger arbeiten müssen.

Digitalisierung und Arbeitskräftenachfrage (Abb. 5)

«Denken Sie, dass wir in Zukunft dank der Digitalisierung weniger arbeiten werden müssen?», Angaben in Prozent



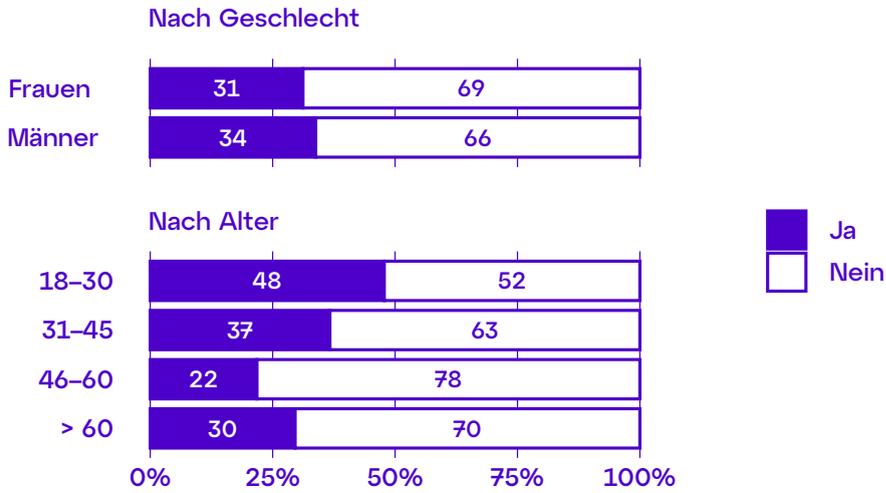
Wie die Studienreihe zur Datengesellschaft von Sotomo und der Sanitas Stiftung zeigt, wird der digitale Wandel in der Schweiz heute oft mit Stress und Leistungsdruck verbunden.¹ Das Potenzial der Digitalisierung zur Reduktion der Arbeitslast wird dabei auch im politischen Diskurs kaum betont. Dabei könnte hier ein interessanter Zugang liegen für eine positivere Wahrnehmung und eine grössere Akzeptanz des digitalen Wandels. Und eine Möglichkeit, den grossen Widerspruch zu entschärfen.

Die Einschätzungen zum Potenzial des digitalen Wandels unterscheiden sich kaum nach Geschlecht (Abb. 6). Auffällig ist allerdings, dass vor allem 18- bis 30- Jährige in der Digitalisierung ein Potenzial zur Reduktion der Arbeitslast erkennen.

1. Monitor «Datengesellschaft und Solidarität»

Digitalisierung – nach Geschlecht und Alter (Abb. 6)

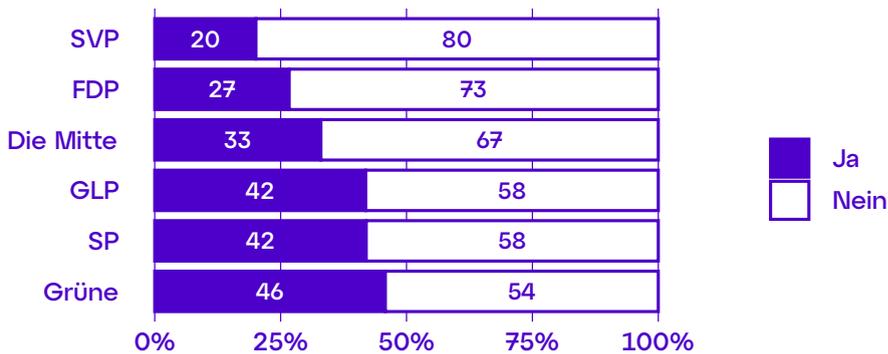
«Denken Sie, dass wir in Zukunft dank der Digitalisierung weniger arbeiten werden müssen?», Angaben in Prozent



Ebenso zeigt sich ein deutlicher Links-rechts-Gegensatz in der Einschätzung (Abb. 7). Bürgerlich orientierte Personen sind skeptischer, was die Reduktion von Arbeitszeit durch neue Technologien betrifft. Offen ist, ob sie aufgrund ihrer Berufsfelder das technische Potenzial als geringer einstufen oder ob sie vermehrt zweifeln, dass sich aus den digitalen Möglichkeiten eine Reduktion der Arbeitszeit ableiten lässt.

Digitalisierung – nach Parteinähe (Abb. 7)

«Denken Sie, dass wir in Zukunft dank der Digitalisierung weniger arbeiten werden müssen?», Angaben in Prozent

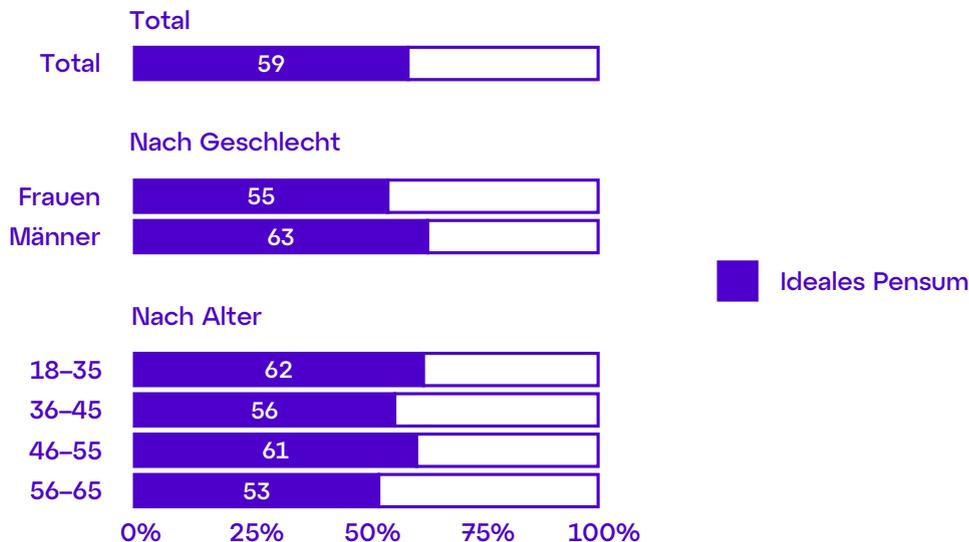


2.3. Wenn man finanziell ausgesorgt hätte

«Angenommen, Sie hätten finanziell ausgesorgt – wie viel Prozent würden Sie dann arbeiten?» Die Antwort der Schweizer Bevölkerung auf diese Frage beläuft sich im Durchschnitt auf ein Pensum von 59 Prozent (Abb. 8). Die meisten Befragten würden somit zwar ihr Pensum im Vergleich zu heute reduzieren, wenn sie genügend Geld hätten. Sie gingen dennoch an drei Tagen in der Woche zur Arbeit – Männer (63 %) mit einem etwas höheren Pensum als Frauen (55 %).

Ideales Erwerbspensum – nach persönlichen Merkmalen (Abb. 8)

«Angenommen, Sie hätten finanziell ausgesorgt – wie viel Prozent würden Sie dann arbeiten?», nur 18- bis 65-jährige erwerbstätige Personen, Erwerbspensum in Prozent



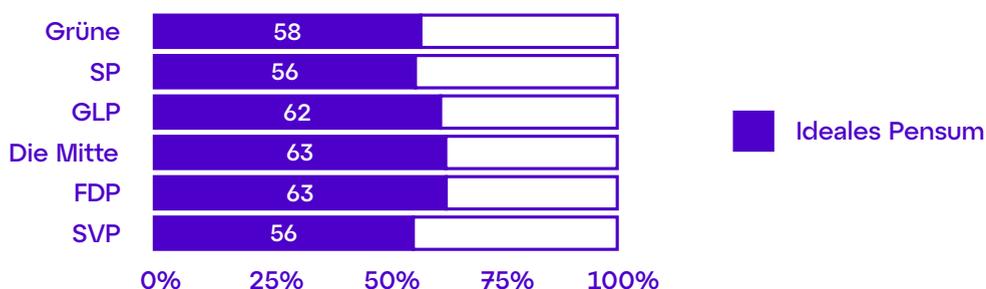
Auffällig ist, dass 18- bis 35-Jährige ihr Pensum nicht stärker, sondern eher etwas weniger reduzieren würden als ältere. Grundsätzlich liegt das ohne wirtschaftliche Zwänge gewünschte Pensum bei den 18- bis 55-Jährigen bei rund 60 Prozent. Die Teilzeitsehnsucht ist also keineswegs auf die jüngeren Generationen beschränkt. Es ist einzig, dass die Jüngeren diese Sehnsucht eher in die Tat umsetzen.

Teilzeitsehnsucht ist nicht auf die jüngere Generation beschränkt.

Interessanterweise zeigen sich auch kaum Unterschiede aufgrund der politischen Orientierung der Befragten (Abb. 9). Durchschnittlich am wenigsten arbeiten würden jedoch die Wählenden der SVP mit einem Pensum von 56 Prozent. Dies zeigt, dass offenbar viele Personen, die der SVP nahestehen, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen arbeiten. Entsprechend würden sie ihr Pensum stärker reduzieren wollen, wenn sie finanziell ausgesorgt hätten. Die höchsten Pensumwünsche finden sich bei der Basis von GLP, Mitte und FDP – aber auch hier liegt das nicht-wirtschaftlich motivierte Pensum nur leicht über 60 Prozent.

Ideales Erwerbspensum – nach politischer Orientierung (Abb. 9)

«Angenommen, Sie hätten finanziell ausgesorgt – wie viel Prozent würden Sie dann arbeiten?», nur 18- bis 65- jährige erwerbstätige Personen, Erwerbspensum in Prozent

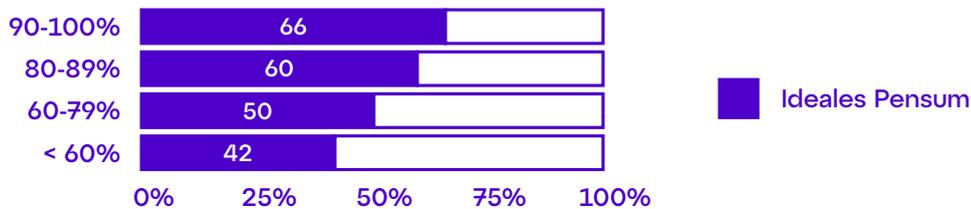


Egal ob links oder rechts, jung oder alt, Frau oder Mann: Es gibt ein verbreitetes intrinsisches Bedürfnis sich am Arbeitsleben zu beteiligen. Ohne finanzielle Zwänge beschränkt sich dieses Bedürfnis in der Schweiz jedoch auf rund drei Tage in der Woche.

Wie Abbildung 10 zeigt, hängen das aktuelle Erwerbspensum und der freiwillige Arbeitswunsch zusammen: Je mehr jemand heute arbeitet, desto höher ist auch das Pensum, das diese Person wählen würde, wenn sie finanziell ausgesorgt hätte.

Ideales Erwerbspensum – nach aktuellem Erwerbspensum (Abb. 10)

«Angenommen, Sie hätten finanziell ausgesorgt – wie viel Prozent würden Sie dann arbeiten?», nur erwerbstätige Personen



2.4. Fachkräftemangel: Wer ist gefordert?

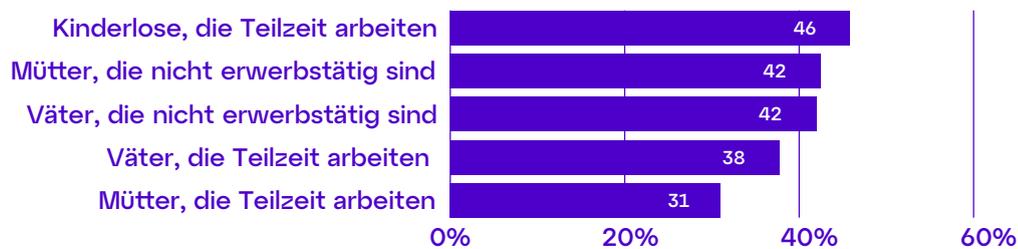
Trotz grundsätzlicher Vorbehalte gegenüber der dominanten Stellung der Erwerbsarbeit in der Schweiz, ist eine Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass wir in der Schweiz eigentlich mehr arbeiten müssten, um dem Arbeitskräftemangel in der Schweiz zu begegnen (Abb. 1). Wenn es darum geht, welche demographische Gruppe besonders gefragt ist, diese Mehrarbeit zu leisten, sehen die Befragten an erster Stelle kinderlose Personen, die Teilzeit arbeiten, in der Pflicht. 46 Prozent sind der Ansicht, dass (unter anderen) diese Gruppe einen Beitrag gegen den Fachkräftemangel leisten sollte.

Vor allem kinderlose Teilzeitler sollen als Beitrag gegen den Fachkräftemangel mehr arbeiten.

An zweiter Stelle (42 %) stehen Mütter und Väter, die gar nicht arbeiten. Wobei es in der Schweiz nur sehr wenige Hausmänner gibt, die für Mehrarbeit überhaupt in Frage kommen.

Zielgruppe gegen Fachkräftemangel (Abb. 11)

«Seit einiger Zeit steigt in der Schweiz der Fachkräftemangel. Wer sollte Ihrer Meinung nach mehr arbeiten, um diesen zu beheben?», Angaben in Prozent



Noch etwas weniger Druck wird auf Väter und Mütter ausgeübt, die Teilzeit arbeiten. Auffällig ist dabei, dass Teilzeitväter (38 %) stärker in die Pflicht genommen werden als Teilzeitmütter (31 %). Dies ist bemerkenswert, denn die aktuelle politische Debatte fokussiert sich vor allem auf die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Mütter. Das Erwerbsspensum der Mütter hat über die letzten Jahrzehnte deutlich zugenommen. Dennoch arbeitet ein Drittel der Mütter mit einem Pensum von unter 50 Prozent.² Eine Erhöhung dieser Erwerbsspensen auf 60- bis 80-Prozent-Anstellungen könnte einen markanten Beitrag gegen den Fachkräftemangel leisten. Dies insbesondere auch deshalb, weil Mütter mit tiefen Erwerbsspensen diese in der Regel auch beibehalten, wenn die Kinder erwachsen sind. Die Einführung einer Individualbesteuerung sowie Schaffung von kostengünstigen Kindertagesstätten zielen genau darauf ab. In der Bevölkerung sind es jedoch ausgerechnet die teilzeitarbeitenden Mütter, die als Gruppe am wenigsten im Fokus steht, wenn es um die Bekämpfung des Fachkräftemangels geht.

Am wenigsten werden Teilzeitmütter in die Pflicht genommen.

Dies wohl auch deshalb, weil unbezahlte Arbeit wie Haushaltführung und Kinderbetreuung nach wie vor überwiegend von Frauen

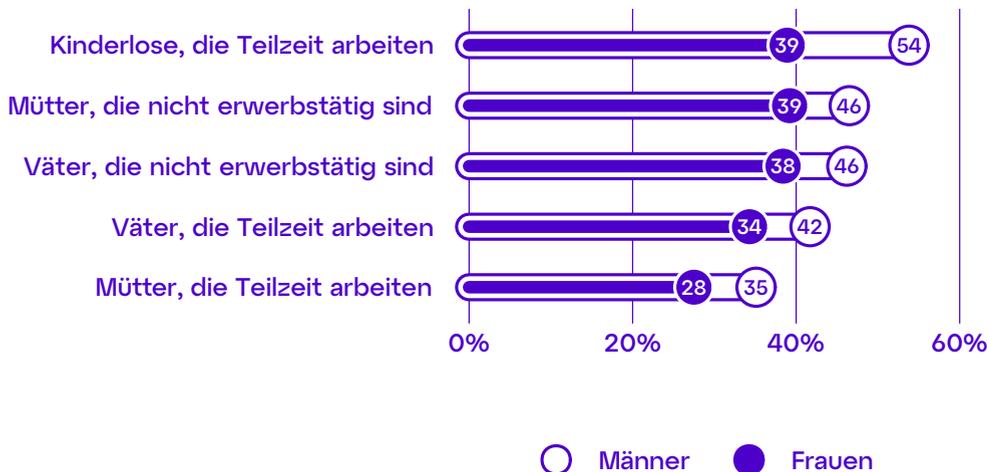
2. Bundesamt für Statistik (BFS). 2022. Mehr als vier von fünf Müttern beteiligen sich am Arbeitsmarkt. Medienmitteilung 11.10.2022

übernommen wird.³ Dies wird allerdings durch die stärkere Inpflichtnahme der teilzeitarbeitenden Väter nur noch verstärkt.

Da Männer insgesamt viel häufiger der Ansicht sind, dass wir aufgrund von Fachkräftemangel und demographischem Wandel mehr arbeiten müssten, ist es folgerichtig, dass Männer auch mehr Bevölkerungsgruppen in die Pflicht nehmen wollen. Ganz besonders gilt dies für Kinderlose, die Teilzeit arbeiten. 54 Prozent der befragten Männer finden, dass diese mehr arbeiten sollten und nur 39 Prozent der Frauen sind dieser Meinung (Abb. 12). Nur 28 Prozent der befragten Frauen finden, dass Mütter, die Teilzeit arbeiten, mehr arbeiten sollten. Bei den befragten Männern sind dies immerhin 35 Prozent.

Zielgruppe gegen Fachkräftemangel (Abb. 12)

«Seit einiger Zeit steigt in der Schweiz der Fachkräftemangel. Wer sollte Ihrer Meinung nach mehr arbeiten, um diesen zu beheben?», Angaben in Prozent



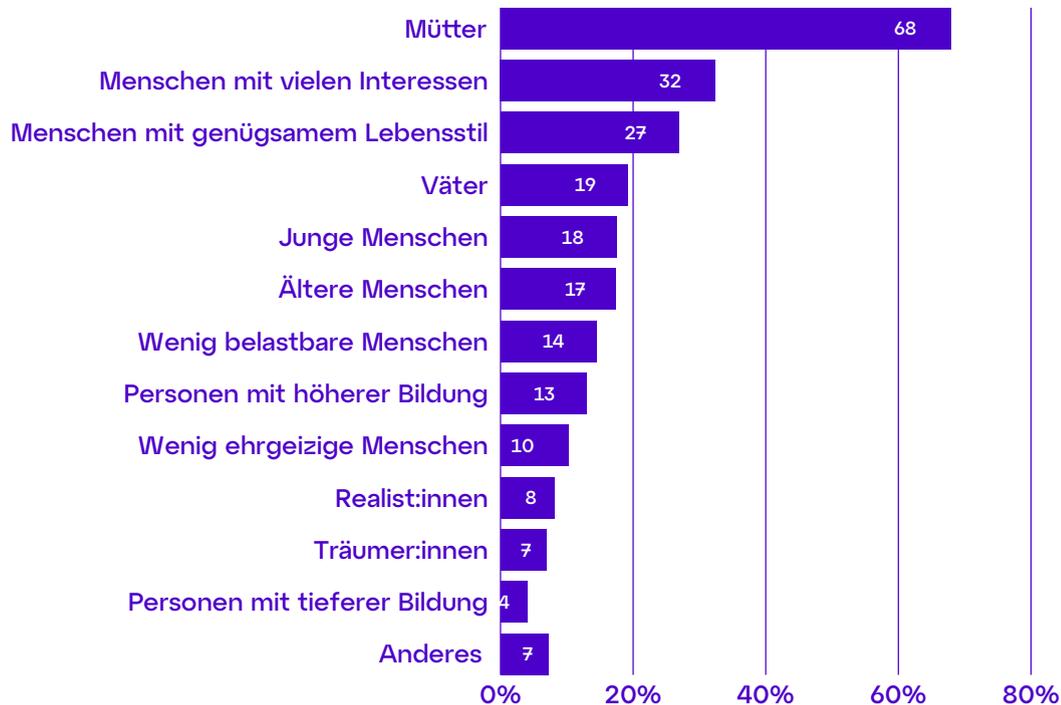
2.5. Einseitige Wahrnehmung von Teilzeitarbeit

Die Tatsache, dass das Arbeitspensum teilzeitarbeitender Mütter von allen am wenigsten in Frage gestellt wird, dürfte auch damit zusammenhängen, dass Teilzeitarbeit in der Schweiz besonders stark mit Muttersein in Verbindung gebracht wird. 68 Prozent der Erwachsenen in der Schweiz verbinden Teilzeitarbeit mit Müttern (Abb. 13).

3. Bundesamt für Statistik (BFS). 2021. Frauen leisten 50 Prozent mehr Haus- und Familienarbeit als Männer im Jahr 2020 – aber die Männer legen zu. Medienmitteilung. 20.05.2021

Teilzeitarbeitende (Abb. 13)

«Mit welchen Menschen verbinden Sie Teilzeitarbeit vor allem? (Max. 3 Antworten)», Angaben in Prozent

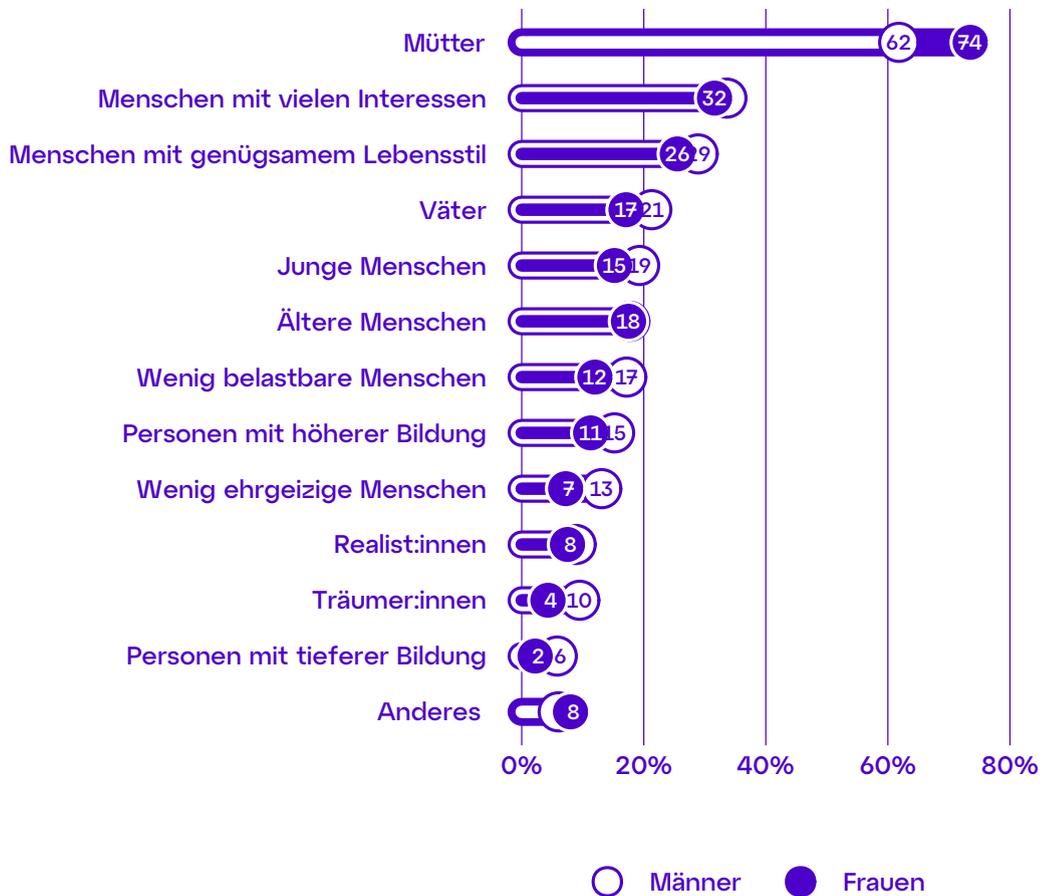


Nur 19 Prozent mit Vätern. Andere Personengruppen wie Menschen mit «vielen Interessen» oder einem «genügsamen Lebensstil» werden nur von knapp einem Drittel genannt. Bemerkenswert ist zudem, dass Teilzeit nicht stärker mit jungen als mit älteren Menschen in Verbindung gebracht wird. Die aktuelle Debatte zur angeblichen Freizeitorientierung der Generationen Y und Z hat sich offenbar noch nicht auf die Wahrnehmung von Teilzeitarbeit ausgewirkt.

Bemerkenswert ist ausserdem, dass Frauen noch mehr als Männer Teilzeitarbeit mit Müttern verbinden (Abb. 14). Für 74 Prozent der befragten Frauen ist Teilzeitarbeit typisch für Mütter, während 62 Prozent der Männer diese Assoziation machen.

Teilzeitarbeitende – nach Geschlecht (Abb. 14)

«Mit welchen Menschen verbinden Sie Teilzeitarbeit vor allem? (Max. 3 Antworten)», Angaben in Prozent



Passend dazu ist für eine klare Mehrheit (62 %) der Frauen Teilzeitarbeit etwas typisch Weibliches (Abb. 15). Demgegenüber machen nur 36 Prozent der Männer diese Assoziation. Kaum jemand verbindet Teilzeitarbeit allerdings mit Männlichkeit.

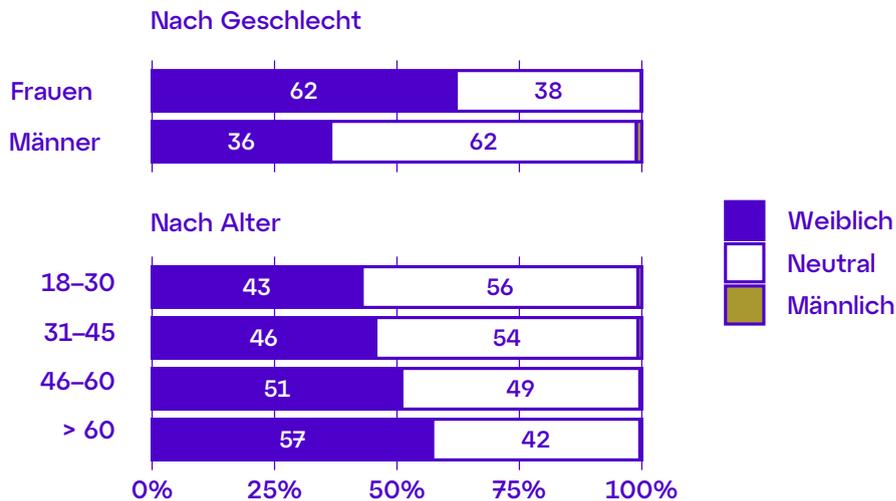
Nur für Frauen ist Teilzeitarbeit typisch weiblich.

Die unterschiedliche Einschätzung durch Frauen und Männer macht deutlich, dass die Vorstellung von Teilzeitarbeit als etwas Weiblichem nicht primär eine Fremdzuschreibung durch die Männer ist, sondern ganz wesentlich durch Frauen selbst geprägt wird. Notabene geht es bei dieser Zuweisung nicht um Mütter und Väter, sondern um weiblich und männlich unabhängig davon, ob betreuungs-

pflichtige Kinder im Haushalt sind. Diese kognitive Prägung bei den Frauen selbst kann einen Beitrag dazu leisten, dass Frauen oftmals ihr Pensum nicht erhöhen, auch wenn die Kinder grösser werden.

Assoziation Teilzeit mit Geschlecht (Abb. 15)

«Verbinden Sie Teilzeitarbeit mit einem Geschlecht?», Angaben in Prozent



Dass die Wahrnehmung von Teilzeitarbeit im Wandel ist, darauf deuten die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Altersgruppen hin. Je jünger die Befragten, desto weniger verbinden sie Teilzeitarbeit mit Weiblichkeit. Teilzeitarbeit wird nicht männlich, aber zunehmend geschlechtsblind.

Familien und Erwerbsmodelle

Sobald Kinder da sind, ist die Aufteilung und das Ausmass der Erwerbsarbeit nicht mehr einfach ein individueller Entscheid, sondern muss mit dem Partner oder der Partnerin ausgehandelt werden. Und die Aufteilung wird zu einer Sache, über die viele plötzlich Rechenschaft ablegen müssen. Welche Ideale in Bezug auf die Erwerbsmodelle von Familien bestehen und wie diese mit der Realität korrespondieren ist Thema des zweiten Teils dieser Studie. Auch hier zeigt sich ein verbreiteter Wunsch nach familien- bzw. freizeitbezogenen Erwerbsmodellen, insbesondere für Frauen. Sichtbar wird aber auch der Einfluss der politischen Orientierung auf das Rollenverständnis.

3.1. Ideale Erwerbsbeteiligung – mit und ohne Kinder

Was ist aus Sicht der Schweizer Bevölkerung das richtige Erwerbsmodell für Frauen und Männer? Im Mittel (Median) sind die Befragten der Ansicht, dass eine Frau ohne Kinder idealerweise 80 Prozent und ein Mann ohne Kinder 90 Prozent arbeitet (Abb. 16). Grösser ist der Geschlechter-Graben bei der Beurteilung von Frauen und Männern mit Kindern. Hier liegt das ideale Erwerbsmodell aus Sicht der Bevölkerung bei 80 Prozent (Mann) und 50 Prozent (Frau).

Eine Mehrheit hält ein 50-Prozent-Pensum auch für Mütter schulpflichtiger Kinder für ideal.

Die Befragten sind zwar der Ansicht, dass auch Väter ihr Arbeitspensum zugunsten der Familie leicht reduzieren sollten. Sie sehen hier jedoch die Mütter deutlich stärker gefragt. Ein 50-Prozent-Pensum wird heute nicht nur für Mütter von Kleinkindern als ideal angesehen. Bemerkenswerterweise gilt diese Einschätzung gleichermaßen für Mütter von Kindern im schulpflichtigen Alter.

Das heisst, dass die Schweizer Bevölkerung noch heute der Ansicht ist, dass Mütter langfristig nur mit einem Bein im Arbeitsleben stehen sollten. Bei zwei Kindern mit einem Zweijahresabstand sind dies fast zwei Jahrzehnte. Zwei Jahrzehnte, nach denen die Erwerbsbiografie schon weitgehend definiert ist und viele Karrierepfade verschlossen sind.

Ideales Erwerbsum (Abb. 16)

«Was ist aus Ihrer Sicht das beste Erwerbsmodell für
 ... Eltern (Mutter und Vater) mit Kleinkindern über 6 Monaten (bis zum Schulalter)?
 ... Eltern (Mutter und Vater) mit Kindern im schulpflichtigen Alter?
 ... Frauen/Männer ohne (betreuungspflichtige) Kinder?», dargestellt ist der Median

Frau

...ohne Kinder 80%

...mit Kleinkindern 50%

...mit schulpflichtigen Kindern 50%

Mann

...ohne Kinder 90%

...mit Kleinkindern 80%

...mit schulpflichtigen Kindern 80%

Im Grossen und Ganzen gleichen sich die Einschätzungen der befragten Männer und Frauen (Abb. 17). Dennoch gibt es interessante Nuancen. Männliche Erwerbstätige ohne Kinder sollen aus Sicht der befragten Männer idealerweise 100 Prozent arbeiten. Aus Sicht der befragten Frauen dagegen nur 90 Prozent. Mütter mit Kleinkindern sollen aus Frauensicht 50 Prozent arbeiten, aus Männersicht sogar etwas weniger. Anders als die Männer sind Frauen der Ansicht, dass Mütter mit der Schulpflicht ihrer Kinder das Pensum auf 60 Prozent erhöhen sollten. Dies alles zeigt, dass Frauen eine etwas egalitäre Sicht auf die Aufteilung der Erwerbsarbeit von Eltern haben als Männer. Es gibt jedoch keine Kluft in der Einschätzung.

Ideales Erwerbsspensum – nach Geschlecht (Abb. 17)

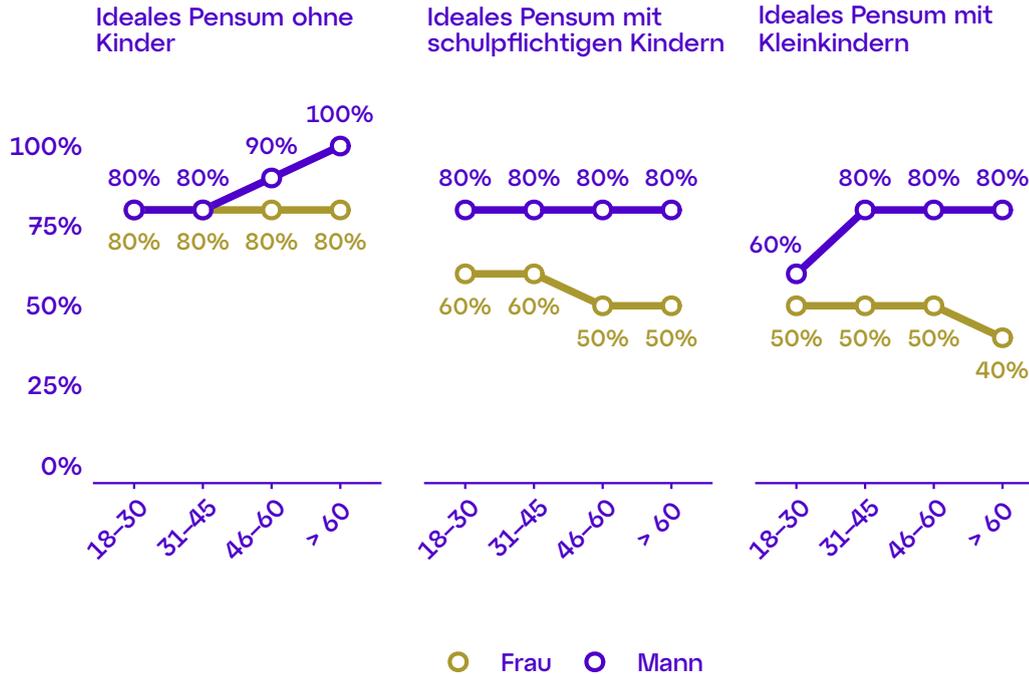
«Was ist aus Ihrer Sicht das beste Erwerbsmodell für
 ... Eltern (Mutter und Vater) mit Kleinkindern über 6 Monaten (bis zum Schulalter)?
 ... Eltern (Mutter und Vater) mit Kindern im schulpflichtigen Alter?
 ... Frauen/Männer ohne (betreuungspflichtige) Kinder?», dargestellt ist der Median

Ideales Erwerbsspensum	Einschätzung durch			
	Frauen		Männer	
	Frau	Mann	Frau	Mann
...ohne Kinder	80%	80%	80%	100%
...mit Kleinkindern	50%	80%	45%	80%
...mit schulpflichtigen Kindern	60%	80%	50%	80%

Die Einschätzung der idealen Erwerbsmodelle durch die verschiedenen Altersgruppen zeigt eine klare Tendenz: Je jünger die Befragten, desto egalitärer sind ihre Idealvorstellungen, wenn es um die Aufteilung der Erwerbsarbeit geht (Abb. 18). Während über 60-Jährige ein 40-80-Modell bei Familien mit Kleinkindern als ideal erachten, bevorzugen die 18- bis 30-Jährigen ein 50-60-Modell. Das Gesamterwerbsvolumen ist dabei beim Idealmodell der jüngeren Befragten etwas tiefer als bei den älteren. Dies gleicht sich allerdings mit den Wunsch-Erwerbsmodellen für Eltern von schulpflichtigen Kindern aus. Hier bevorzugen junge Erwachsene eine 60-80-Aufteilung, während ältere 50-80 ideal finden. Insgesamt wird mit dem Anliegen nach einer stärkeren Erwerbsbeteiligung der Mütter bei den jüngeren Generationen allenfalls das Anliegen nach einer tieferen Erwerbsbeteiligung der Väter kompensiert. Dazu kommt, dass die älteren Befragten insbesondere bei Männern ohne Kinder einen höheren Erwerbsgrad als richtig ansehen.

Ideales Erwerbspansum – nach Alter (Abb. 18)

«Was ist aus Ihrer Sicht das beste Erwerbsmodell für
 ... Eltern (Mutter und Vater) mit Kleinkindern über 6 Monaten (bis zum Schulalter)?
 ... Eltern (Mutter und Vater) mit Kindern im schulpflichtigen Alter?
 ... Frauen/Männer ohne (betreuungspflichtige) Kinder?», dargestellt ist der Median



Besonders relevant sind die Erwerbsmodelle von Eltern mit Hochschulbildung. Diese Personen haben eine durch die Allgemeinheit subventionierte Ausbildung genossen und sie steigen später ins Berufsleben ein. Abbildung 19 zeigt, dass Befragte mit einem Hochschulabschluss bemerkenswert egalitäre Ideale vertreten, wenn es um die Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern geht. Bei Familien mit Kleinkindern präferieren sie ein 60-65- und bei Familien mit Schulkindern ein 70-80-Modell.

Hochschulabgänger:innen streben eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Müttern an.

Personen mit Hochschulabschluss streben somit eine deutlich stärkere Erwerbsbeteiligung von Müttern an als Personen mit maximal

einem Berufschulabschluss. Zugleich streben Tertiärgebildete eine etwas tiefere Erwerbsbeteiligung der Männer an. Hier ist die grösste Differenz allerdings bei den Paaren ohne Kinder. Während Personen mit einem tieferen Bildungsabschluss hier ein 80-100-Modell vorziehen, liegt das Ideal der Befragten mit Hochschulabschluss bei 80-80. Werden Frauen und Männer zusammengenommen, unterscheidet sich die ideale Gesamterwerbsbeteiligung nur wenig zwischen den Bildungsstufen.

Ideales Erwerbsspensum – nach Bildungsniveau (Abb. 19)

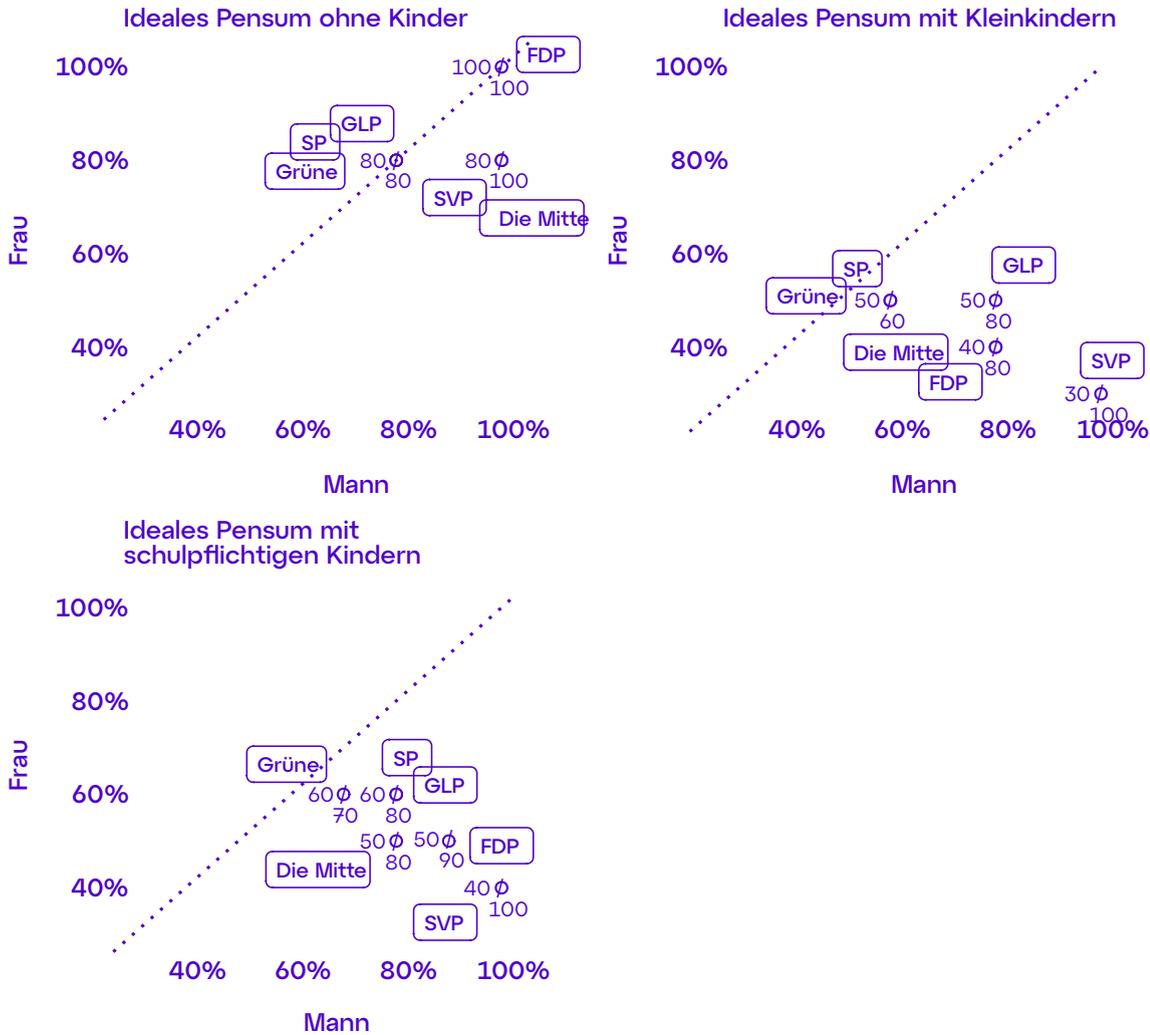
«Was ist aus Ihrer Sicht das beste Erwerbsmodell für
 ... Eltern (Mutter und Vater) mit Kleinkindern über 6 Monaten (bis zum Schulalter)?
 ... Eltern (Mutter und Vater) mit Kindern im schulpflichtigen Alter?
 ... Frauen/Männer ohne (betreuungspflichtige) Kinder?», dargestellt ist der Median

Ideales Erwerbsspensum	Einschätzung durch			
	Personen mit Lehre oder ohne Abschluss		Personen mit (Fach-) Hochschulabschluss	
	Frau	Mann	Frau	Mann
...ohne Kinder	80%	100%	80%	80%
...mit Kleinkindern	40%	80%	60%	65%
...mit schulpflichtigen Kindern	50%	80%	70%	80%

Die bevorzugten Erwerbsmodelle unterscheiden sich teilweise deutlich nach Parteiorientierung der Befragten (Abb. 20). Sowohl bei Eltern mit Kleinkindern als auch bei Eltern mit schulpflichtigen Kindern zeigt sich ein markanter Links-rechts-Gegensatz. Personen, die der SVP nahestehen, erachten traditionelle Erwerbsmodelle als ideal: Das 30-100-Modell bei Kleinkindern und eine leichte Erhöhung des Erwerbsgrads der Mütter auf 40 Prozent bei schulpflichtigen Kindern. Personen, die einer linken Partei (Grüne und SP) nahestehen, halten egalitärere Modelle für ideal. So etwa ein 50-60-Modell für Eltern von Kleinkindern. Auch wenn sich die Ideale stark unterscheiden, wird sichtbar, dass auf der rechten Seite das Alleinverdienermodell nicht mehr als ideal angesehen wird und auf der linken Seite zwar egalitärere Modelle angestrebt werden, aber dennoch keine vollständige Symmetrie zwischen den Geschlechtern. Symmetrische Modelle werden nur bei Paaren ohne Kinder als ideal angesehen – mit Ausnahme der Mitte und der SVP, die hier ein 80-100-Modell als Ideal bevorzugen.

Ideales Erwerbspensum – nach Parteinähe (Abb. 20)

«Was ist aus Ihrer Sicht das beste Erwerbsmodell für
 ... Eltern (Mutter und Vater) mit Kleinkindern über 6 Monaten (bis zum Schulalter)?
 ... Eltern (Mutter und Vater) mit Kindern im schulpflichtigen Alter?
 ... Frauen/Männer ohne (betreuungspflichtige) Kinder?», dargestellt ist der Median



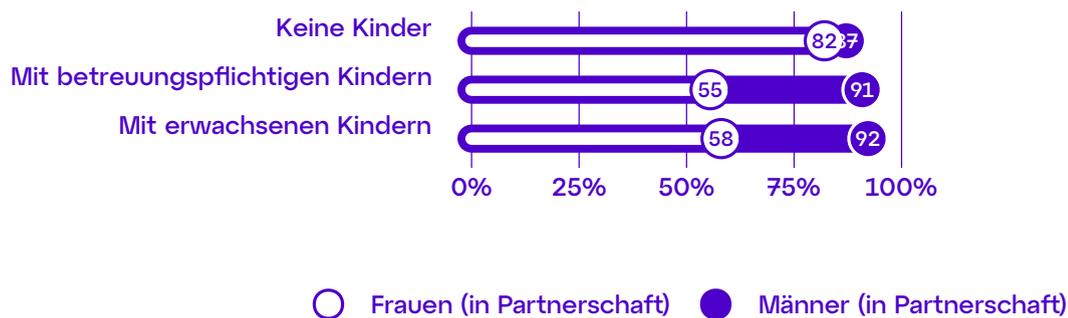
Die Idealvorstellungen der GLP-Anhängerschaft sind ebenfalls vergleichsweise egalitär. Hier wird jedoch, insbesondere im Vergleich zu den Grünen, eine etwas stärkere Erwerbsbeteiligung angestrebt. Die Mitte- und die FDP-Basis nehmen eine Zwischenstellung ein, wobei die FDP-Basis tendenziell eine etwas höhere Erwerbsbeteiligung als ideal ansieht.

3.2. Gelebte Erwerbsmodelle

Das eine sind die Erwerbsmodelle, welche die Befragten als ideal ansehen, das andere sind die tatsächlich gelebten Modelle. Von allen erwerbstätigen Befragten, die in Familien- oder Paarhaushalten leben, ist die durchschnittliche Erwerbsbeteiligung der Männer 89 Prozent, bei den Frauen sind es 65 Prozent. Die ungleiche Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern geht heute fast ausschliesslich auf Paare mit Kindern zurück. Bei Paaren, die keine Kinder haben, arbeiten die Männer im Durchschnitt 87 Prozent, die Frauen 82 Prozent (inkl. Hausfrauen und -männer). Am grössten ist die Differenz der Erwerbsbeteiligung bei Eltern von betreuungspflichtigen Kindern. Hier arbeiten die Frauen im Durchschnitt 55 Prozent, die Männer 91 Prozent (Abb. 21).

Erwerbsspenden in Partnerschaften – nach Familiensituation (Abb. 21)

Erwerbsspenden der 18- bis 65-jährigen Erwerbstätigen und der Personen, die sich um die Haushaltführung kümmern. Einbezogen sind Personen, die mit Partner:in in einem gemeinsamen Haushalt leben. Dargestellt ist das arithmetische Mittel



Das heisst, dass insbesondere die Väter vom 80-Prozent-Ideal abweichen, während die Erwerbsbeteiligung der Mütter heute bereits dem Ideal entspricht. Von grosser Tragweite ist, dass sich das Erwerbsmodell der Eltern von erwachsenen Kindern kaum von jenem der Eltern mit betreuungspflichtigen Kindern unterscheidet.

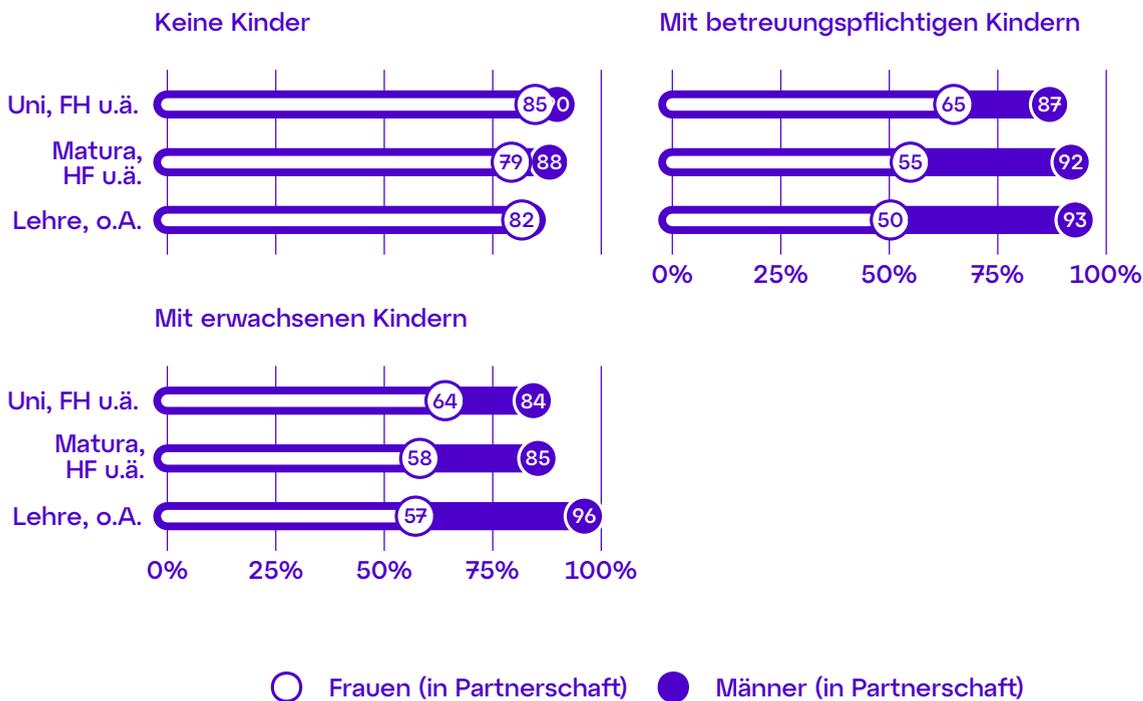
Die Erwerbsbeteiligung von Müttern erwachsener Kinder ist kaum höher als jene von Müttern schulpflichtiger Kinder.

Mütter von erwachsenen Kindern arbeiten im Durchschnitt 58 Prozent, Väter 92 Prozent. Ist die Ungleichheit in der Erwerbsbeteiligung zwischen Vätern und Müttern etabliert, bleibt diese meist bestehen, auch wenn die Kinder längst ausgeflogen sind.

Wie im vorangegangenen Abschnitt gezeigt, streben Personen mit einer Hochschulausbildung deutlich egalitäre Erwerbsmodelle an. Dies entspricht auch der gelebten Realität. Im Durchschnitt haben Eltern mit Hochschulabschluss und betreuungspflichtigen Kindern ein 65-87-Erwerbsmodell, während es bei Eltern mit maximal einem Lehrabschluss ein 50-93-Modell ist (Abb. 22). Die Gesamterwerbsbeteiligung von Hochschulabgänger:innen ist am grössten bei Paaren ohne Kinder sowie bei Eltern mit betreuungspflichtigen Kindern. Einzig bei Eltern von erwachsenen Kindern ist sie bei Personen ohne weiterführende Bildung am grössten, weil hier die Männer im Schnitt fast 100 Prozent arbeiten. Trotz unterschiedlichen Idealen gibt es kaum Unterschiede bei den Erwerbsmodellen von Paaren ohne Kinder. Hier unterscheidet sich die Erwerbsbeteiligung kaum zwischen den Geschlechtern.

Erwerbsspenden in Partnerschaften – nach Familiensituation und Bildungsniveau (Abb. 22)

Erwerbsspendum der 18- bis 65-jährigen Erwerbstätigen und der Personen, die sich um die Haushaltführung kümmern. Einbezogen sind Personen, die mit Partner:in in einem gemeinsamen Haushalt leben. Dargestellt ist das arithmetische Mittel

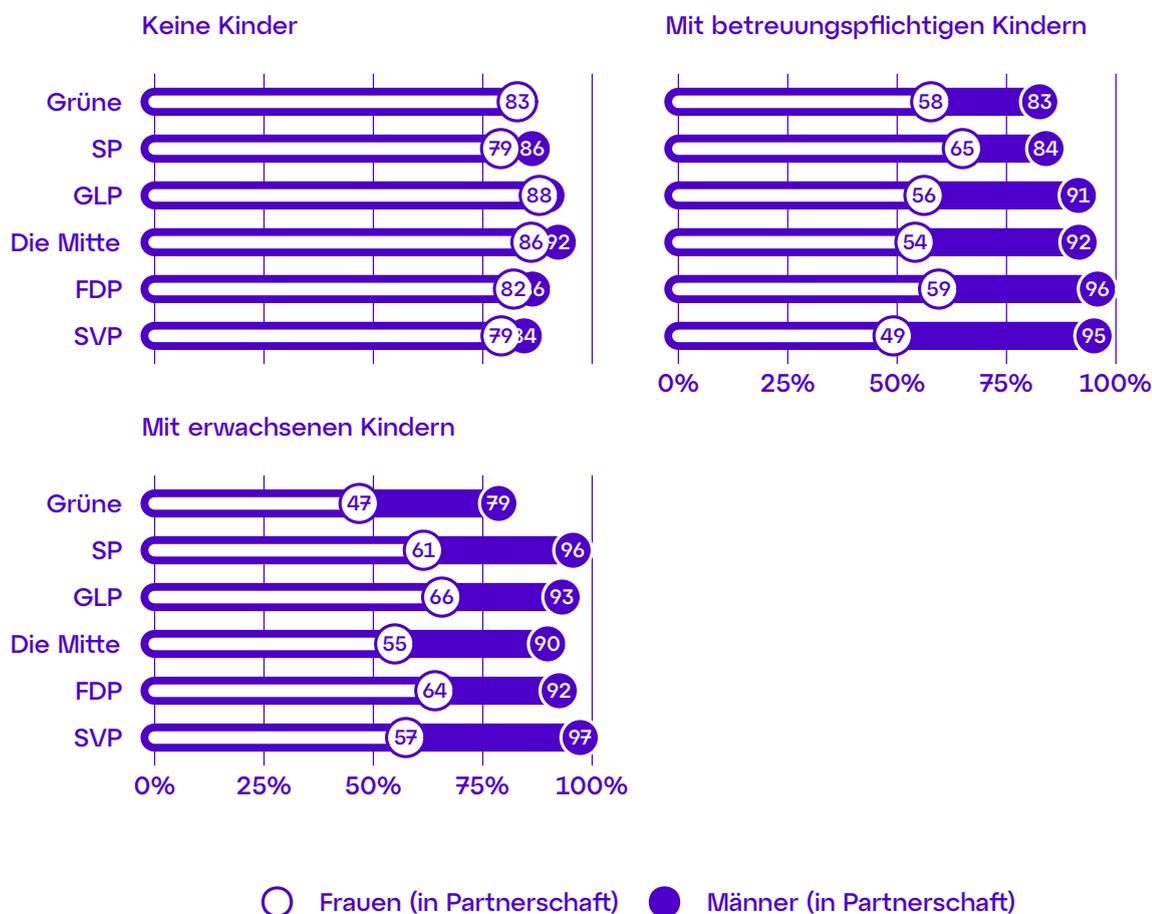


Im gesamten politischen Spektrum ist bei Paaren ohne Kinder die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern praktisch gleich gross.

Entgegen gängiger Vorurteile arbeiten Anhänger:innen von linken Parteien nicht weniger als Paare, die der SVP nahestehen (Abb. 23).

Erwerbsspenden in Partnerschaften – nach Familiensituation und Partei (Abb. 23)

Erwerbsspendum der 18- bis 65-jährigen Erwerbstätigen und der Personen, die sich um die Haushaltführung kümmern. Einbezogen sind Personen, die mit Partner:in in einem gemeinsamen Haushalt leben. Dargestellt ist das arithmetische Mittel



Ein starker Zusammenhang zwischen politischer Orientierung und Erwerbsmodell zeigt sich bei Eltern von betreuungspflichtigen Kindern: Je weiter rechts im politischen Spektrum, desto grösser ist der Unterschied in der Erwerbsbeteiligung von Vätern und Müttern.

Linke Milieus arbeiten insgesamt nicht weniger als rechte.

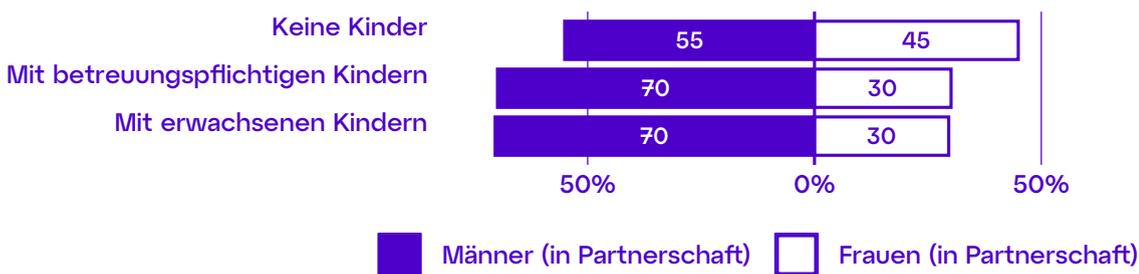
Die Gesamterwerbsbeteiligung beider Elternteile unterscheidet sich ebenfalls nur wenig. Am grössten ist sie bei Personen, die der

FDP nahestehen (155 %), am tiefsten bei der Basis der Grünen (141 %).

Während sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern in Paarhaushalten ohne Kinder nur wenig unterscheidet, ist das Ungleichgewicht beim Beitrag zum Haushaltseinkommen etwas grösser. Männer in kinderlosen Paarhaushalten tragen im Durchschnitt 55 Prozent zum Haushaltseinkommen bei, Frauen 45 Prozent (Abb. 24). Deutlich grösser ist der Einkommensunterschied bei Familienhaushalten mit betreuungspflichtigen Kindern. Hier tragen die Väter durchschnittlich 70 Prozent und die Mütter nur 30 Prozent zum Einkommen bei. Dies ändert sich nur marginal, wenn die Kinder erwachsen werden. Der Graben, der sich in der Kinderphase öffnet, wird nie mehr geschlossen.

Beitrag zum Haushaltseinkommen – nach Familiensituation (Abb. 24)

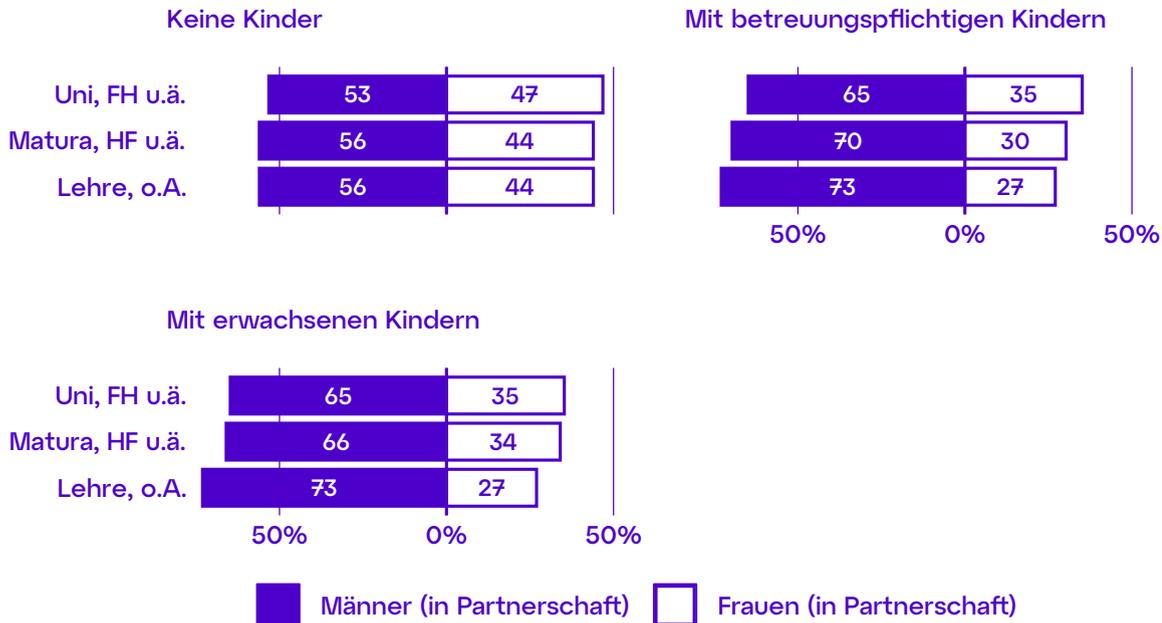
«Wie viel Prozent tragen Sie selbst etwa zum monatlichen Haushaltseinkommen bei und wie viel Ihr:e Partner:in?», 18- bis 65-jährige Personen, die mit Partner:in in einem gemeinsamen Haushalt leben, Anteil des eigenen Einkommens an Haushaltseinkommen, Angaben in Prozent)



Die erwarteten Unterschiede zwischen den Ausbildungsstufen bestehen auch bei der Aufteilung des Haushaltseinkommens (Abb. 25). Allerdings finden sich einigermaßen ausgeglichene Einkommensanteile nur bei Paaren ohne Kinder. Väter von betreuungspflichtigen Kindern mit einem Uni- oder Fachhochschulabschluss erwirtschaften knapp zwei Drittel des Haushaltseinkommens., solche mit obligatorischer Ausbildung oder einem Lehrabschluss dagegen fast drei Viertel.

Beitrag zum Haushaltseinkommen – nach Familiensituation und Bildungsniveau (Abb. 25)

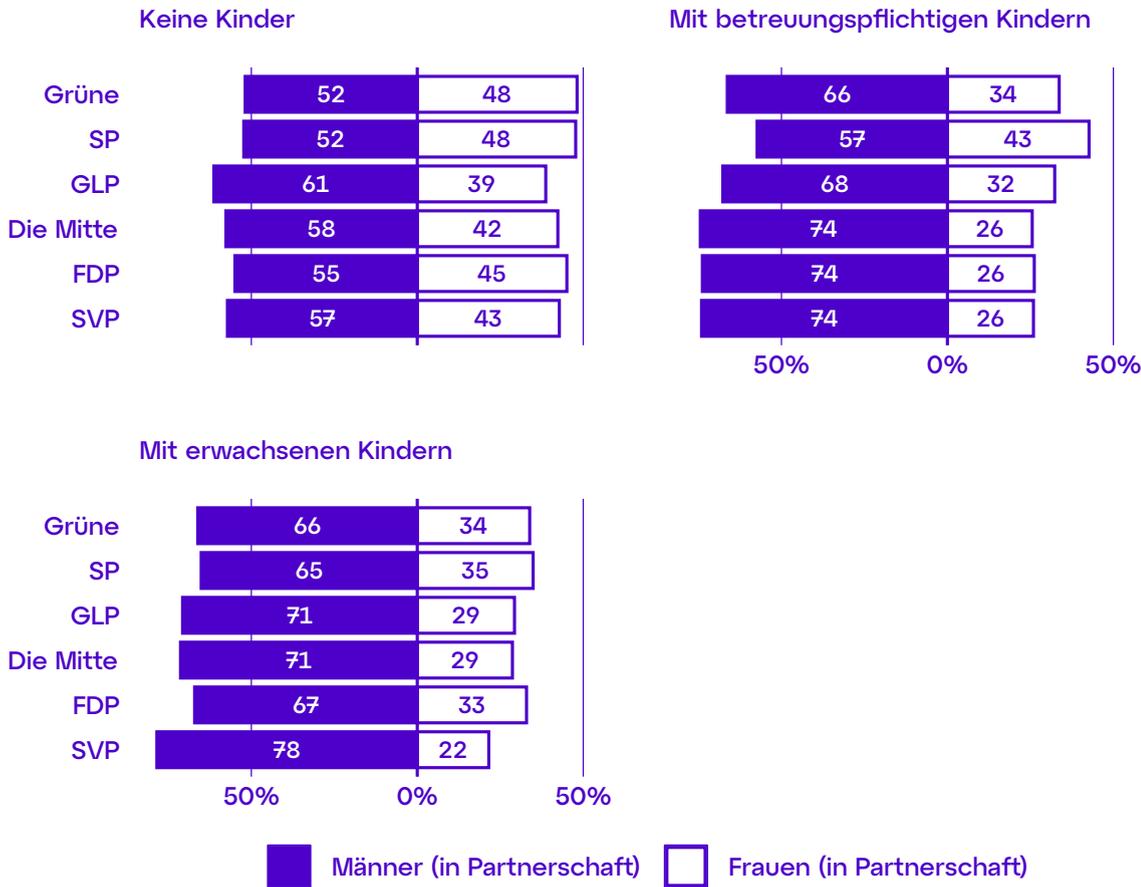
«Wie viel Prozent tragen Sie selbst etwa zum monatlichen Haushaltseinkommen bei und wie viel Ihr:e Partner:in?», 18- bis 65-jährige Personen, die mit Partner:in in einem gemeinsamen Haushalt leben, Anteil des eigenen Einkommens an Haushaltseinkommen, Angaben in Prozent)



Sind keine Kinder vorhanden, bestehen in linken Milieus kaum Unterschiede am Beitrag von Männern und Frauen zum Haushaltseinkommen (Abb. 26). Bei allen anderen Parteien besteht auch ohne Kinder ein Einkommensungleichgewicht von rund 3 zu 2. Bei Eltern von betreuungspflichtigen Kindern zeigen sich markante Unterschiede bei den Erwerbseinkommen im gesamten politischen Spektrum. Es fällt jedoch auf, dass sich der Einkommensgraben bei der Basis der SP am wenigsten öffnet. Hier tragen Mütter auch in der Kinderphase durchschnittlich 43 Prozent zum Haushaltseinkommen bei und die Väter 57 Prozent. Besonders einseitig ist die Aufteilung des Erwerbseinkommens bei der Basis von SVP, FDP und Mitte. Bei Familien mit betreuungspflichtigen Kindern bringen die Väter fast drei Viertel des Haushaltseinkommens heim.

Beitrag zum Haushaltseinkommen – nach Familiensituation und Parteinähe (Abb. 26)

«Wie viel Prozent tragen Sie selbst etwa zum monatlichen Haushaltseinkommen bei und wie viel Ihr:e Partner:in?, 18- bis 65-jährige Personen, die mit Partner:in in einem gemeinsamen Haushalt leben, Anteil des eigenen Einkommens an Haushaltseinkommen, Angaben in Prozent



3.3. Welche Erwerbsbeteiligung erwartet wird

Teilzeit wird von einer grossen Mehrheit mit Weiblichkeit und Muttersein verbunden. Spannend ist deshalb, ob sich dies auch auf die Einschätzung unterschiedlicher Erwerbsmodelle auswirkt. Konkret geht es um die Frage, ob ein symmetrisches Erwerbsmodell, bei welchem beide Elternteile je 60 Prozent arbeiten, als gleichwertig eingeschätzt wird wie ein Erwerbsmodell, bei dem ein Elternteil 100 Prozent arbeitet und das andere nur 20 Prozent. Beide Modelle ergeben in der Summe dieselbe Erwerbsbeteiligung. Das zweite entspricht jedoch eher einer traditionellen Rollenverteilung – zumindest, wenn es der Vater ist, der Vollzeit arbeitet.

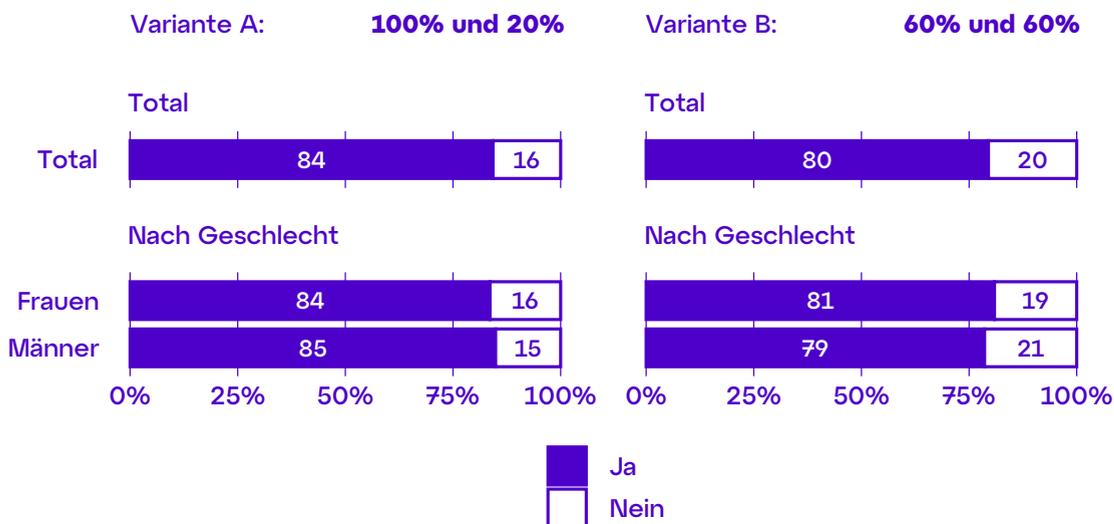
Um eine gegenseitige Beeinflussung des Antwortverhaltens zu vermeiden, wurden die Befragten in zwei Gruppen geteilt. Beide Gruppen wurden gefragt, ob eine Familie mit dem entsprechenden Erwerbsmodell einen genügend grossen Beitrag für den Schweizer Arbeitsmarkt leiste.

Egalitäre Erwerbsmodelle werden fast so positiv bewertet wie traditionelle.

Dabei zeigt sich, dass das egalitäre Modell (80 %) fast ebenso positiv beurteilt wird in Bezug auf den Beitrag für die Wirtschaft, wie das traditionelle Modell (84 %, Abb. 27). Frauen und Männer unterscheiden sich in ihrem Urteil kaum.

Beurteilung von Erwerbsmodellen – nach Geschlecht (Abb. 27)

Variante A: «Wenn bei einem Paar mit Kindern eine Person 100% arbeitet und die andere 20%. Leistet dieses Paar genügend für den Schweizer Arbeitsmarkt?»,
 Variante B: «Wenn bei einem Paar mit Kindern beide 60% arbeiten. Leistet dieses Paar genügend für den Schweizer Arbeitsmarkt?», Angaben in Prozent



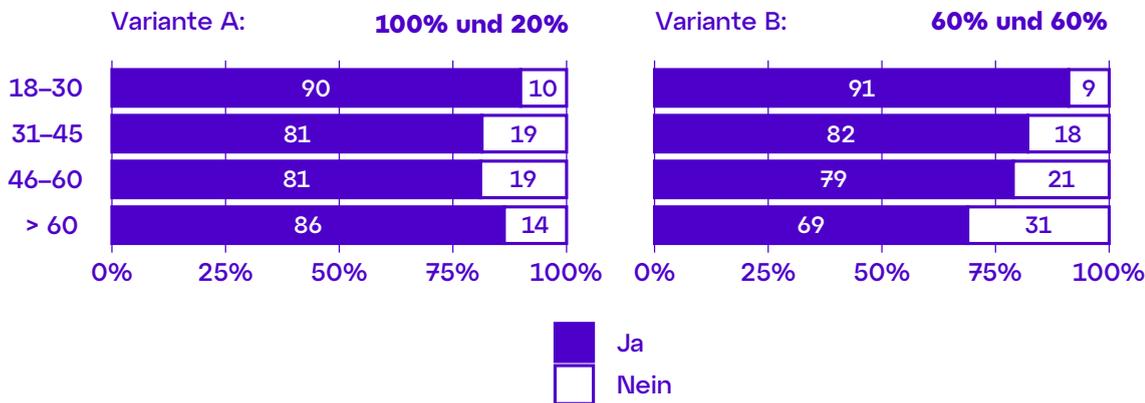
Das zeigt, dass keine ausgeprägten Vorurteile gegen egalitäre Modelle bestehen. Es zeigt aber auch, dass die meisten Erwachsenen in der Schweiz eine Gesamterwerbsbeteiligung der Eltern von (nur) 120 Prozent als ausreichend und angemessen einschätzen. Die Vorstellung, dass ein 120-Prozent-Erwerbsspensum eines Elternpaares als Beitrag für die Allgemeinheit ebenso wie für die wirtschaftliche Absicherung der Familie ausreichend sein sollte, ist immer noch weit verbreitet. Das Erbe des «Ernährerlohns», der einst zum schweizerischen Selbstverständnis gehörte, scheint bis heute nachzuwirken.

Die Einschätzung des egalitären 60-60-Modells hängt weit stärker vom Alter der Befragten ab als jene des 100-20-Modells (Abb. 28). Dabei sind es allerdings nur die über 60-Jährigen, die den Beitrag

des egalitären Modells für den Arbeitsmarkt deutlich skeptischer einschätzen. Junge Erwachsene sind egalitärer eingestellt. Sie haben zugleich jedoch kaum wirtschaftliche Vorbehalte, wenn beide Elternteile zusammen nicht mehr als 120 Prozent arbeiten.

Wirtschaftliche Leistungen und Arbeitspensenaufteilung (Abb. 28)

Variante A: «Wenn bei einem Paar mit Kindern eine Person 100% arbeitet und die andere 20%. Leistet dieses Paar genügend für den Schweizer Arbeitsmarkt?»,
 Variante B: «Wenn bei einem Paar mit Kindern beide 60% arbeiten. Leistet dieses Paar genügend für den Schweizer Arbeitsmarkt?», Angaben in Prozent



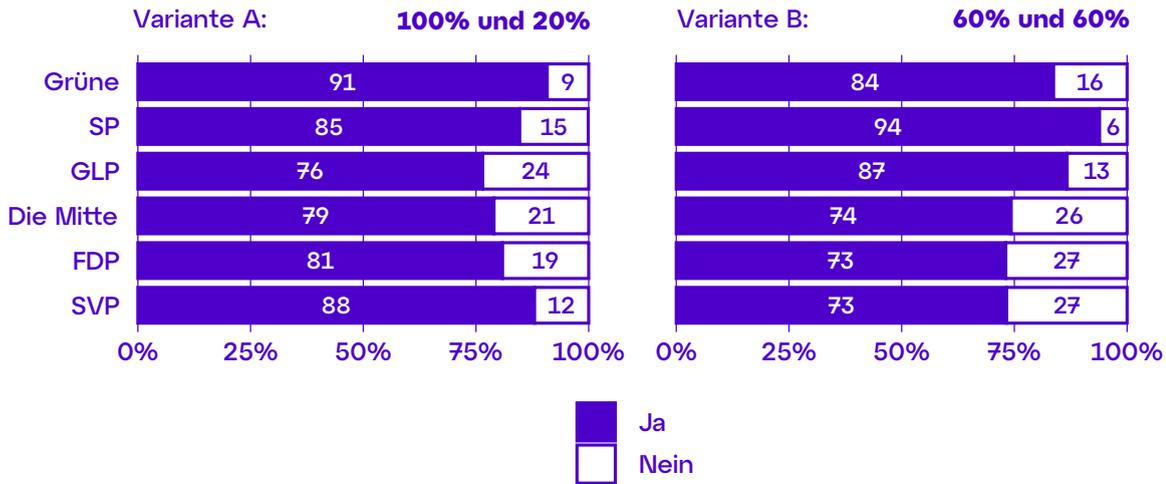
Politisch bestehen keine markanten Unterschiede in den Einschätzungen (Abb. 29). Erwartungsgemäss hat die Basis der bürgerlichen Parteien etwas mehr Vorbehalte gegenüber dem egalitären Modell. Die Wählenden der SP stehen im am positivsten gegenüber. Die Basis der GLP findet dagegen das traditionelle 100-20-Modell am ehesten problematisch.

Eine summierte Erwerbsbeteiligung von 120 Prozent wird als ausreichender Beitrag für den Arbeitsmarkt angesehen.

Generell zeigt sich, dass nirgendwo im politischen Spektrum die Ansicht vorherrscht, dass eine summierte Erwerbsbeteiligung der beiden Elternteile von 120 Prozent aus Sicht des Schweizer Arbeitsmarktes zu wenig ist.

Wirtschaftliche Leistungen und Arbeitspensenaufteilung (Abb. 29)

Variante A: «Wenn bei einem Paar mit Kindern eine Person 100% arbeitet und die andere 20%. Leistet dieses Paar genügend für den Schweizer Arbeitsmarkt?»,
 Variante B: «Wenn bei einem Paar mit Kindern beide 60% arbeiten. Leistet dieses Paar genügend für den Schweizer Arbeitsmarkt?», Angaben in Prozent

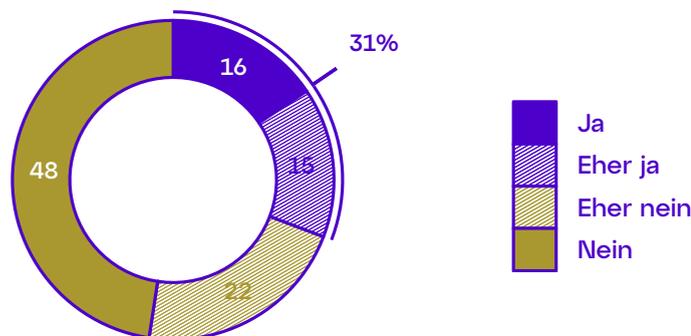


3.4. Sich rechtfertigen müssen

«Haben Sie manchmal das Gefühl, dass Sie Ihr Pensum bzw. Ihre Nichterwerbstätigkeit gegenüber anderen oder sich selbst rechtfertigen müssen?» 16 Prozent sagen klar «Ja» zu dieser Frage. Weitere 15 Prozent sagen «eher Ja» (Abb. 30). Dieses knappe Drittel der Befragten, das sich zumindest teilweise, nach innen oder aussen, rechtfertigen muss, ist keineswegs gleichmässig in der Gesellschaft verteilt.

Rechtfertigung des eigenen Pensums (Abb. 30)

«Haben Sie manchmal das Gefühl, dass Sie Ihr Pensum / Ihre Nichterwerbstätigkeit gegenüber anderen oder sich selbst rechtfertigen müssen?», 18- bis 65- jährige erwerbstätige Personen und Personen, die sich um die Haushaltführung kümmern, Angaben in Prozent



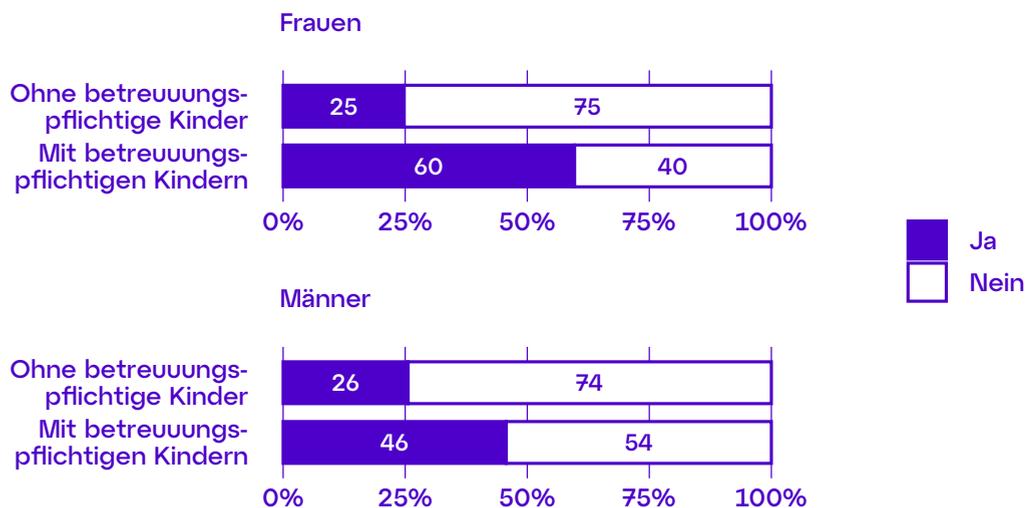
Es sind insbesondere Eltern von betreuungspflichtigen Kindern, die angeben, dass sie sich für ihr Erwerbspensum rechtfertigen müssen – Mütter mehr noch als Väter (Abb. 31). Dies zeigt deutlich, dass die Erwerbssituation von Personen ohne Kinder viel eher als individueller Entscheid und als Privatsache angesehen wird als die Erwerbssituation von Eltern bzw. von Familien.

Vor allem Eltern betreuungspflichtiger Kinder müssen ihr Erwerbspensum rechtfertigen.

Sobald Kinder dazukommen, entstehen Erwartungen durch das Umfeld und die Öffentlichkeit. Insbesondere bei Eltern wird darüber debattiert, welches Modell das richtige oder das falsche ist. Sei es für das Kindeswohl oder für die eigene Altersvorsorge. Personen ohne Kinder scheinen sich dagegen viel freier für einen Anstellungsgrad entscheiden zu können, ohne sich dessen rechtfertigen zu müssen.

Rechtfertigung des eigenen Pensums (Abb. 31)

«Haben Sie manchmal das Gefühl, dass Sie Ihr Pensum / Ihre Nichterwerbstätigkeit gegenüber anderen oder sich selbst rechtfertigen müssen?», 18 – 65 jährige erwerbstätige Personen und Personen, die sich um die Haushaltführung kümmern, Angaben in Prozent



Wofür sich die befragten Personen rechtfertigen müssen, lässt sich aus Abbildung 32 ableiten. Generell gilt: Männer müssen sich

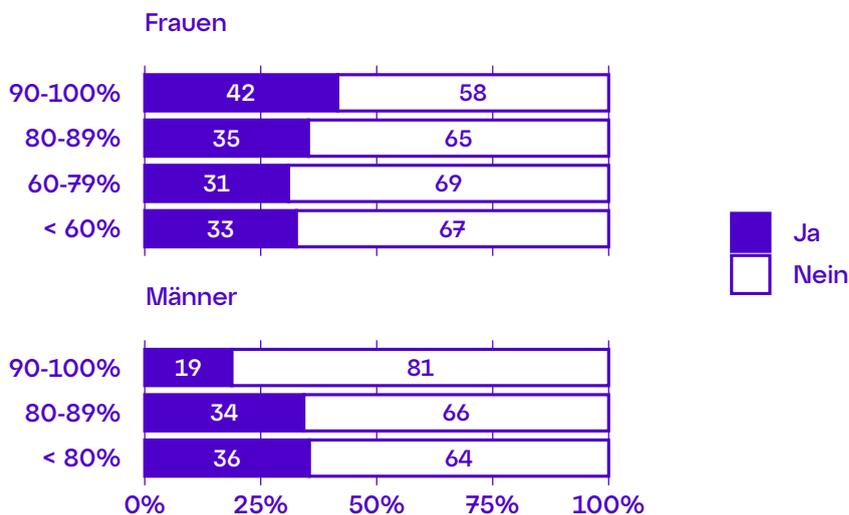
eher rechtfertigen, wenn sie weniger arbeiten und Frauen, wenn sie mehr arbeiten. 42 Prozent der Frauen, die Vollzeit arbeiten, haben manchmal das Gefühl, sich dafür rechtfertigen zu müssen.

Väter müssen sich rechtfertigen, wenn sie weniger, Mütter, wenn sie mehr arbeiten.

Bei den Männern sind dies nur 19 Prozent. Dafür geben 36 Prozent der Männer mit einem Erwerbsspensum kleiner als 80 Prozent an, sich gelegentlich rechtfertigen zu müssen, während es bei den Frauen 31 Prozent bzw. 33 Prozent sind.

Rechtfertigung des eigenen Pensums (Abb. 32)

«Haben Sie manchmal das Gefühl, dass Sie Ihr Pensum / Ihre Nichterwerbstätigkeit gegenüber anderen oder sich selbst rechtfertigen müssen?», 18- bis 65- jährige erwerbstätige Personen und Personen, die sich um die Haushaltsführung kümmern, Angaben in Prozent

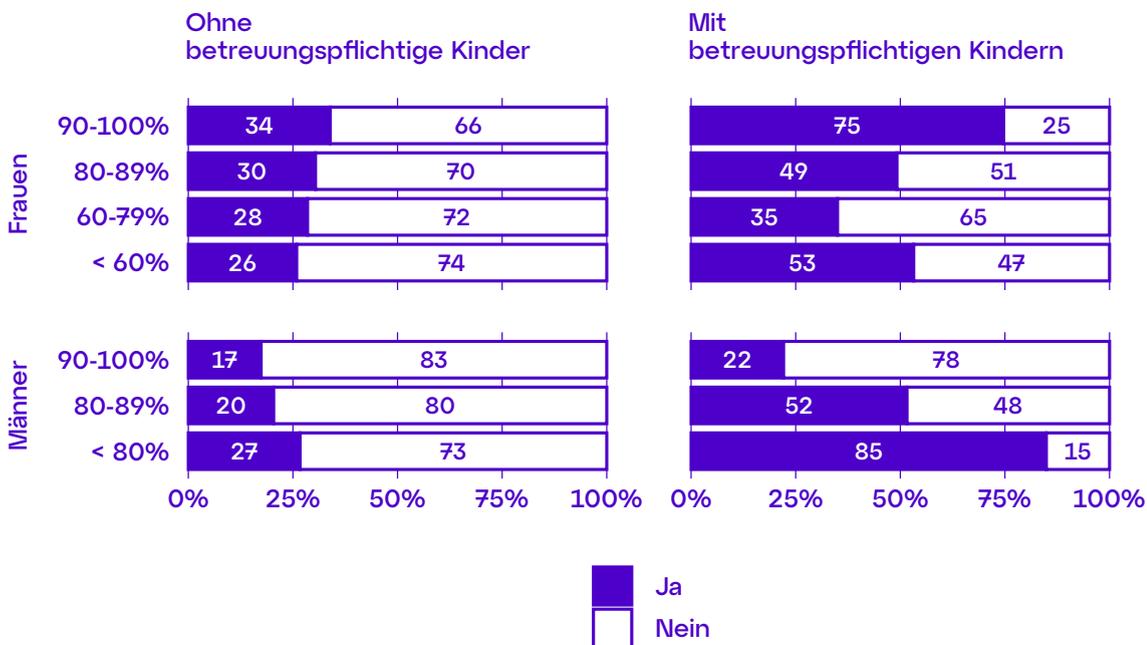


Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede jedoch bei Vätern und Müttern, die Kinder im betreuungspflichtigen Alter haben (Abb. 33). Wie bereits gezeigt, haben diese weit häufiger das Gefühl sich rechtfertigen zu müssen als Männer und Frauen ohne Kinder. Hier ist das entgegengesetzte Muster zwischen den Geschlechtern noch viel stärker ausgeprägt. So geben 75 Prozent der Mütter, die Vollzeit arbeiten, an, dass sie sich rechtfertigen müssen, während es bei den Vollzeitvätern bloss 22 Prozent sind. Andererseits müssen sich 85 Prozent der Väter, die weniger als

80 Prozent arbeiten, dafür rechtfertigen. Bei den Müttern müssen sich jene am wenigsten rechtfertigen, die zwischen 60 und 79 Prozent arbeiten (35 %). Frauen, die weniger arbeiten, müssen sich dagegen wieder etwas mehr rechtfertigen (53 %). Es scheint also auch für Mütter eine untere Grenze zu geben, die zu mehr Rechtfertigungsdruck führt. Es ist ein Druck, den Frauen ohne betreuungspflichtige Kinder kaum kennen. Hier zeigt sich wieder, wie stark die Scheinwerfer auf die Familien gerichtet sind und wie privat die Entscheide von Kinderlosen sind.

Rechtfertigung des eigenen Pensums (Abb. 33)

«Haben Sie manchmal das Gefühl, dass Sie Ihr Pensum / Ihre Nichterwerbstätigkeit gegenüber anderen oder sich selbst rechtfertigen müssen?», 18 – 65 jährige erwerbstätige Personen und Personen, die sich um die Haushaltführung kümmern, Angaben in Prozent



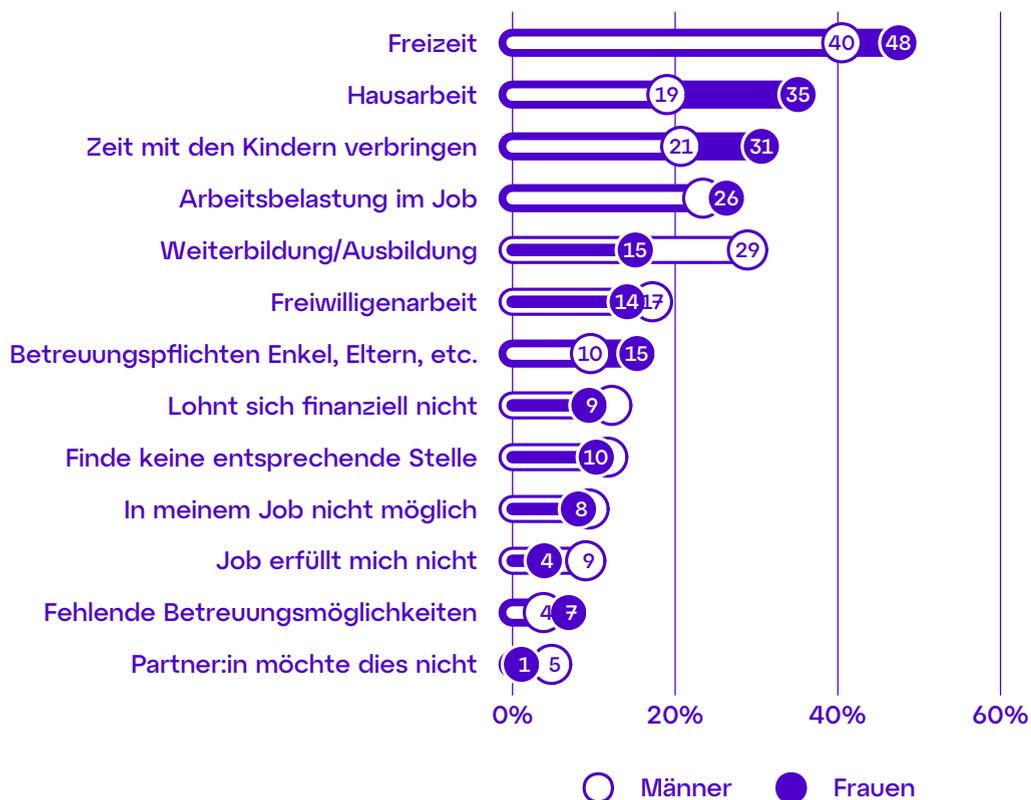
3.5. Warum nicht mehr gearbeitet wird

Das in der Schweiz verbreitete Bedürfnis, eher weniger als mehr zu arbeiten, kommt deutlich in der Begründung für Teilzeitarbeit zum Ausdruck. Abbildung 34 zeigt, warum Frauen und Männern, die heute Teilzeit arbeiten oder ganz auf Erwerbsarbeit verzichten, nicht mehr arbeiten. Der wichtigste Grund für ein Teilzeitpensum ist für Frauen und Männer das Bedürfnis nach Freizeit – bei Frauen (48 %) allerdings noch mehr als bei Männern (40 %). Männer begründen ihr Teilzeitpensum häufiger als Frauen damit, in Ausbildung zu sein oder eine Weiterbildung zu machen. Frauen dagegen nennen als Grund

für ihr Teilzeitpensum deutlich häufiger Care- und Hausarbeit als Männer.

Gründe für Teilzeitarbeit (Abb. 34)

«Welche der folgenden Gründe spielen für Sie eine Rolle, nicht in einem höheren Pensum zu arbeiten? (Markieren Sie alle zutreffenden Antworten)», 18- bis 65-jährige erwerbstätige Personen sowie Personen, die sich um die Haushaltsführung kümmern, Angaben in Prozent



Auch wenn es vor allem die persönliche Prioritätensetzung ist, die dazu führt, dass Frauen und Männer nicht mehr arbeiten, spielen auch Restriktionen eine Rolle. 10 Prozent aller Teilzeitarbeitenden arbeiten nicht zu einem höheren Prozentsatz, weil es sich finanziell nicht lohnt. Ebenfalls 10 Prozent sagen, dass sie keine passende Stelle finden.

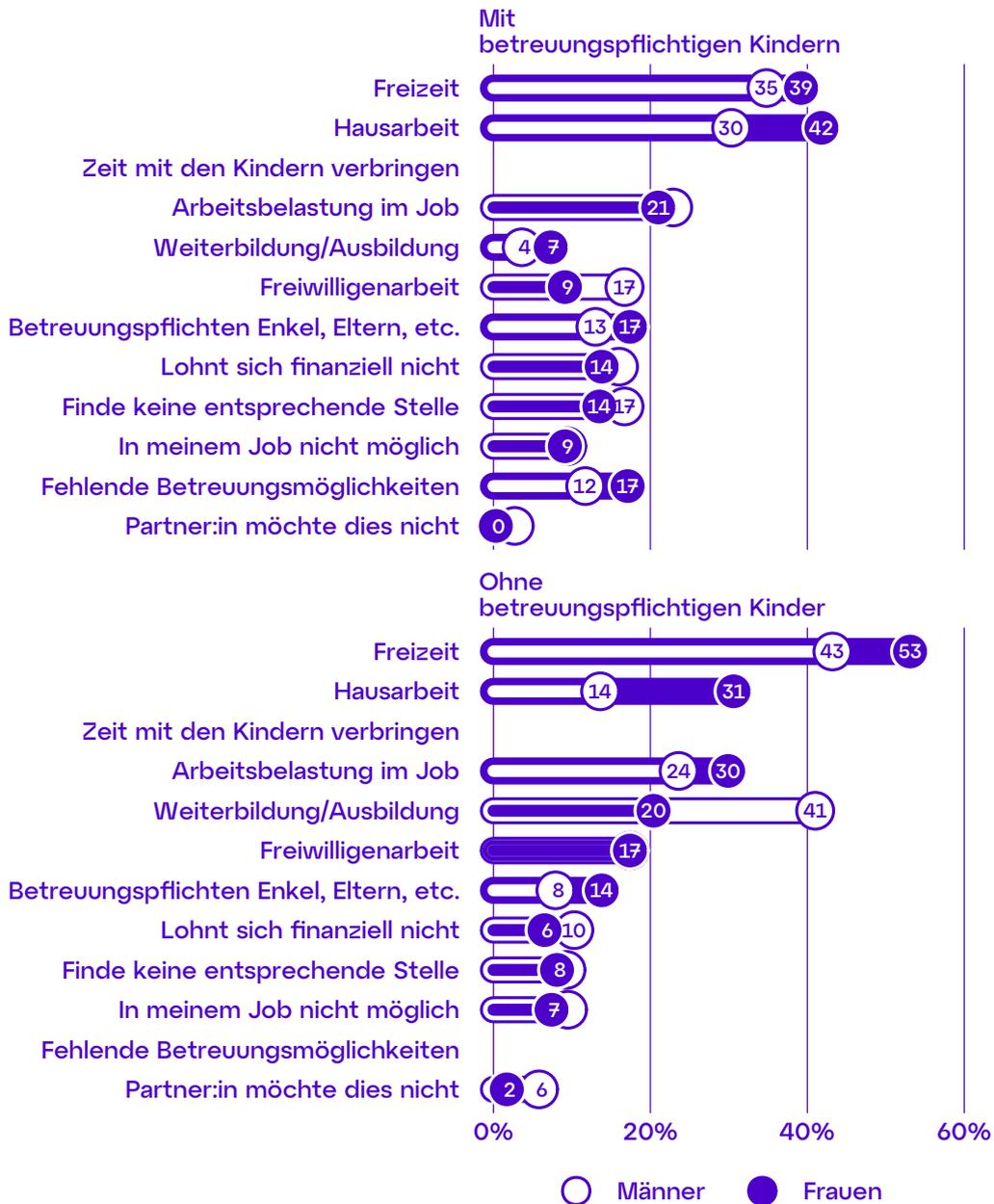
Für 10 Prozent ist ein höheres Pensum finanziell nicht lohnend.

Zumindest die 10 Prozent, die angeben, dass es sich finanziell nicht lohnt, lassen sich mit einer Änderung des Steuer- bzw. Abgabensystems adressieren. Konkret geht es dabei um die aktuell stärkere

steuerliche Belastung der Zweiteinkommen durch die Steuerprogression sowie um Vergünstigungen, die wegfallen, wenn das Haushaltseinkommen steigt. Hier können Reformen wie eine Individualbesteuerung oder Subventionen, die sich immer am möglichen Vollzeitlohn ausrichten, einen konkreten Beitrag leisten.

Gründe für Teilzeitarbeit – nach betr (Abb. 35)

«Welche der folgenden Gründe spielen für Sie eine Rolle, nicht in einem höheren Pensum zu arbeiten? (Markieren Sie alle zutreffenden Antworten)», 18- bis 65-jährige erwerbstätige Personen sowie Personen, die sich um die Haushaltführung kümmern, Angaben in Prozent



Besonders häufig sind es Personen mit betreuungspflichtigen Kindern, die angeben, dass es sich finanziell nicht lohnt, mehr zu ar-

beiten (Abb. 35). 14 Prozent der Mütter und 16 Prozent der Väter, die nicht Vollzeit arbeiten, geben dies an. Hier spielt zudem der Mangel an Betreuungsmöglichkeiten eine wichtige Rolle. 17 Prozent der nicht Vollzeit arbeitenden Mütter von betreuungspflichtigen Kindern geben an, dass sie nicht mehr arbeiten, weil es an Betreuungsmöglichkeiten fehlt. Bei den Vätern in derselben Situation sind es 12 Prozent. Wichtig ist, dass bessere Betreuungsmöglichkeiten nicht nur die Erwerbsintegration von Eltern mit kleineren Kindern verbessern würden. Dies, weil viele Mütter, die während der Kleinkindphase tiefprozentig arbeiten, danach nicht mehr aufstocken. Bessere Betreuungsangebote erhöhen mittelfristig auch die Erwerbsintegration derer, die diese gar nicht mehr für ihre Kinder benötigen.

Politische Massnahmen

Es werden zurzeit verschiedene Massnahmen zur Förderung der Erwerbsbeteiligung auf dem öffentlichen und politischen Parket diskutiert. Andere Massnahmen wie die Herdprämie haben eher die gegenteilige Wirkung. Nach ihrer Haltung zu verschiedenen Massnahmen befragt, zeigt sich: Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit soll gefördert werden, so der Tenor der Schweizer Bevölkerung. Allerdings stehen weniger volkswirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund als die prinzipielle Unterstützung von Familien. Die Förderung hat aber Grenzen, wie die Ergebnisse des folgenden Kapitels aufzeigen.

4.1. Sie wollen beides: Kitaplatz und Herdprämie

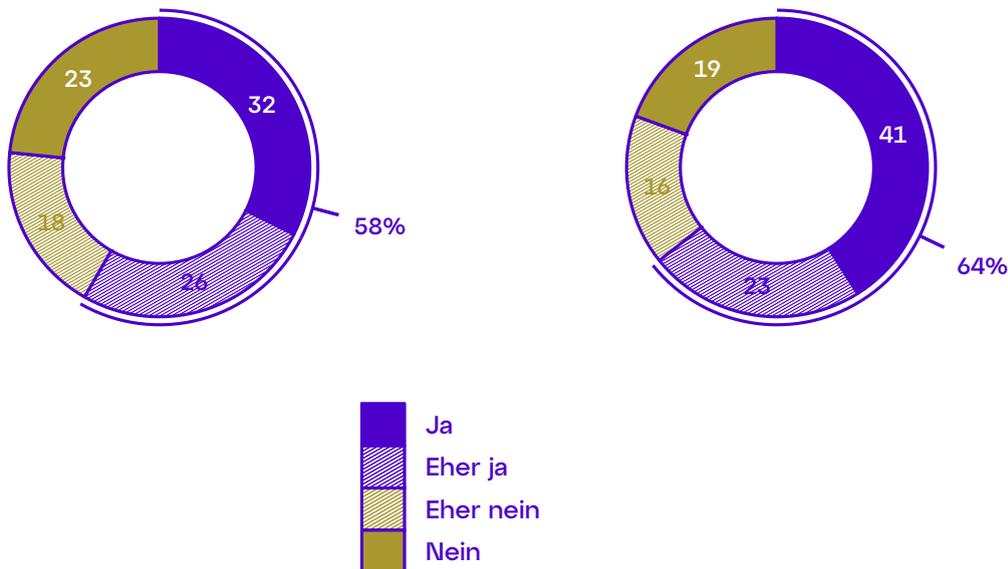
58 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass alle Kinder ab 3 Monaten einen gesetzlich zugesicherten Betreuungsplatz erhalten sollten (Abb. 36). Dies zeigt, wie gross die Akzeptanz und Unterstützung der Fremdbetreuung von Kindern heute in der Schweiz ist. Daraus darf allerdings nicht abgeleitet werden, dass die Schweizer Bevölkerung sich konsequent für Massnahmen ausspricht, die zu einer vermehrten Erwerbstätigkeit von Eltern beitragen. Noch mehr Befragte (64 %) sind nämlich der Ansicht, dass Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, dafür finanziell entschädigt werden sollten. Das heisst, sie unterstützen Massnahmen, welche es für Eltern attraktiver machen, nicht erwerbstätig zu sein. Dies zeigt, dass die volkswirtschaftliche Perspektive offenbar nicht im Vordergrund steht, wenn es um die Unterstützung von Familien geht. Die Bevölkerung spricht sich für die Unterstützung von Familien aus, unabhängig von der Wirkung auf die Erwerbsbeteiligung. Generell lässt sich somit feststellen, dass eine deutliche Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer eine möglichst umfassende Unterstützung von Familien wünscht – unabhängig vom Erwerbsmodell.

Kinderbetreuung (Abb. 36)

Angaben in Prozent

Alle Kinder ab 3 Monaten sollten einen gesetzlich zugesicherten Betreuungsplatz haben.

Eltern die ihre Kinder selbst betreuen, sollten dafür finanziell entschädigt werden.



Auch wenn im Grundsatz das Bewusstsein besteht, dass die Erwerbsbeteiligung aufgrund des Arbeitskräftemangels und des demographischen Wandels erhöht werden sollte, spielt dies bei der Beurteilung von politischen Massnahmen kaum eine Rolle.

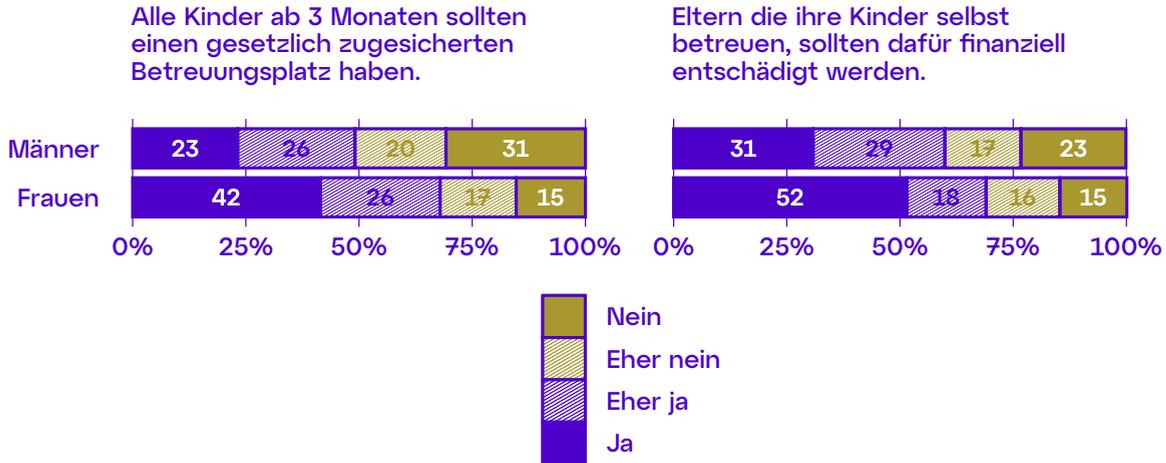
Die Bevölkerung ist für Massnahmen für Familien, auch wenn sich diese nicht positiv auf die Erwerbsbeteiligung auswirken.

Frauen befürworten sowohl garantierte Kita-Plätze wie auch eine Herdprämie stärker als Männer (Abb. 37). In Bezug auf die Kita-Plätze gehen die Haltungen jedoch stärker auseinander. Nur knapp die Hälfte der befragten Männer ist der Ansicht, dass es garantierte

Kita-Plätze brauche, während mehr als zwei Drittel der Frauen diese Meinung vertreten.

Kinderbetreuung – nach Geschlecht (Abb. 37)

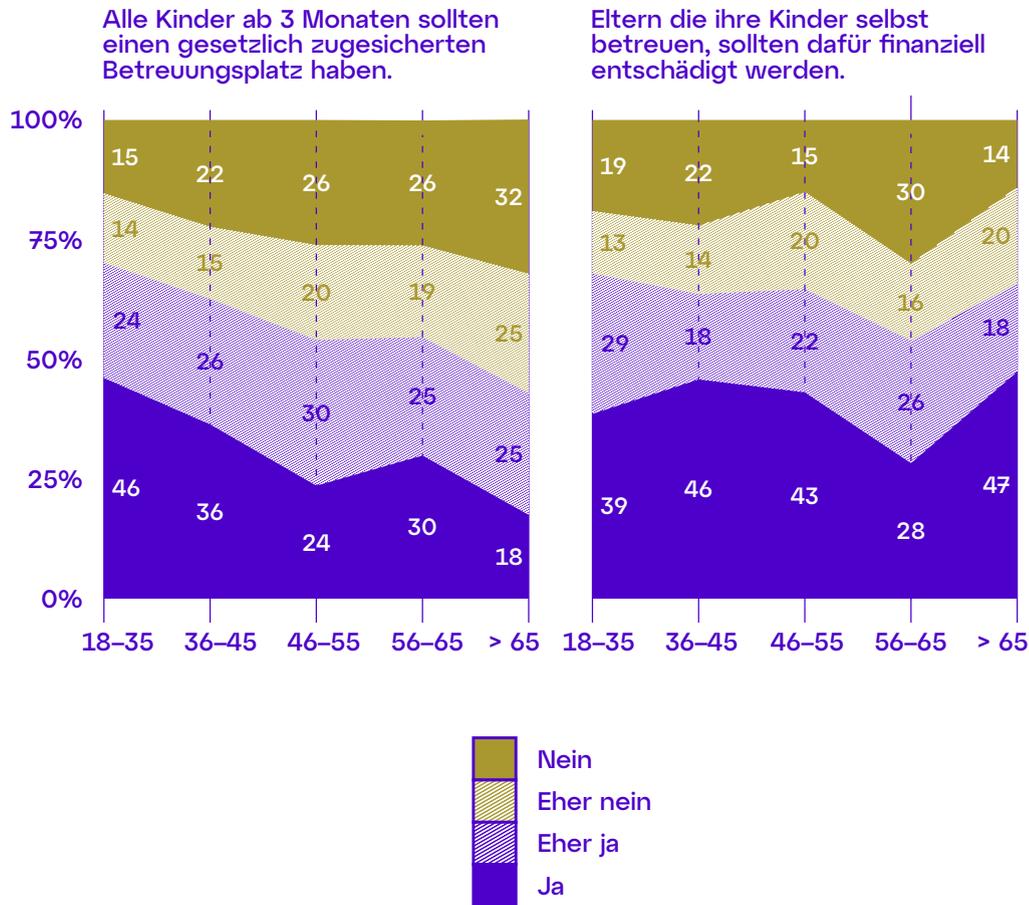
Angaben in Prozent



Spannend sind auch die Einschätzungen nach Alter der Befragten (Abb. 38). Beide Anliegen werden tendenziell von jungen Erwachsenen stärker unterstützt als von älteren. Allerdings ist der Altersgradient bei den Kita-Plätzen viel stärker ausgeprägt. Dies deutet darauf hin, dass in Bezug auf die Fremdbetreuung von Kindern ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel stattfindet.

Kinderbetreuung – nach Alter (Abb. 38)

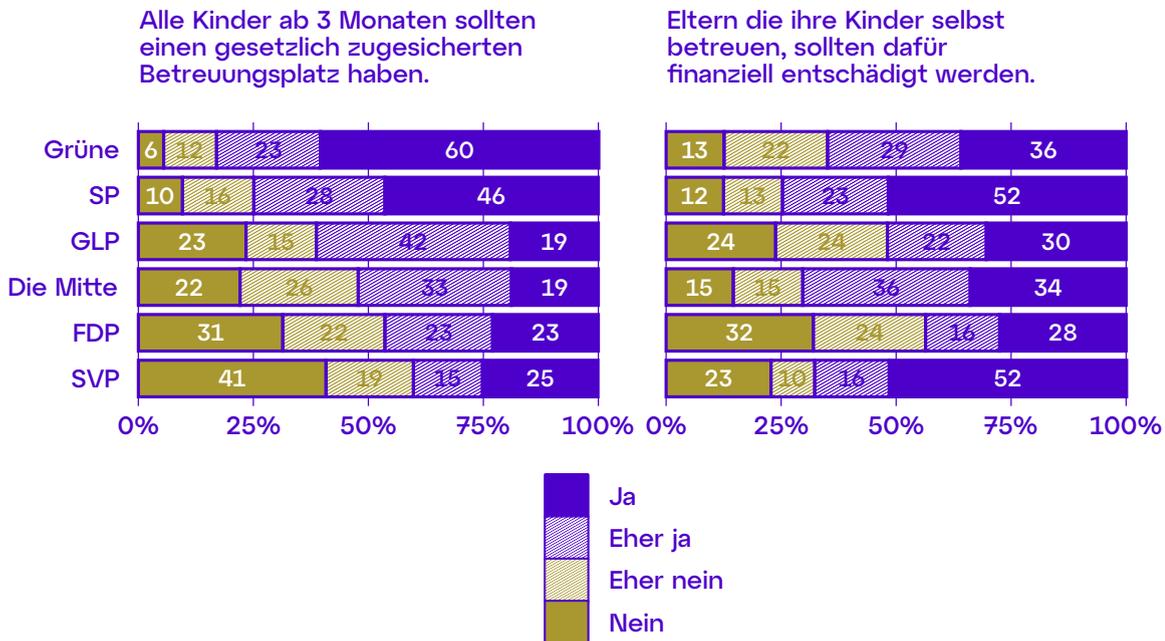
Angaben in Prozent



Die Haltung zu den garantierten Kita-Plätzen hängt nicht nur stark vom Geschlecht und Alter der Befragten ab, sondern auch von der politischen Orientierung. Je linker die unterstützte Partei, desto grösser die Zustimmung (Abb. 39). Demgegenüber ist die Herdprämie keine Frage von links oder rechts. Sie wird von der Basis der SP, der Mitte sowie der SVP am stärksten unterstützt. Am grössten ist die Skepsis dagegen bei der Basis von FDP und GLP. Dies zeigt, dass hier liberale und sozialkonservative Positionen gegenüberstehen.

Kinderbetreuung – nach Parteinähe (Abb. 39)

Angaben in Prozent



4.2. Keine Gratis-Kita-Plätze

Eine Mehrheit unterstützt garantierte Krippenplätze für alle. Geht es um die Finanzierung dieser Plätze, ist die Schweizer Bevölkerung der Ansicht, dass der grössere Teil der Kosten von den Eltern übernommen werden soll (Abb. 40).

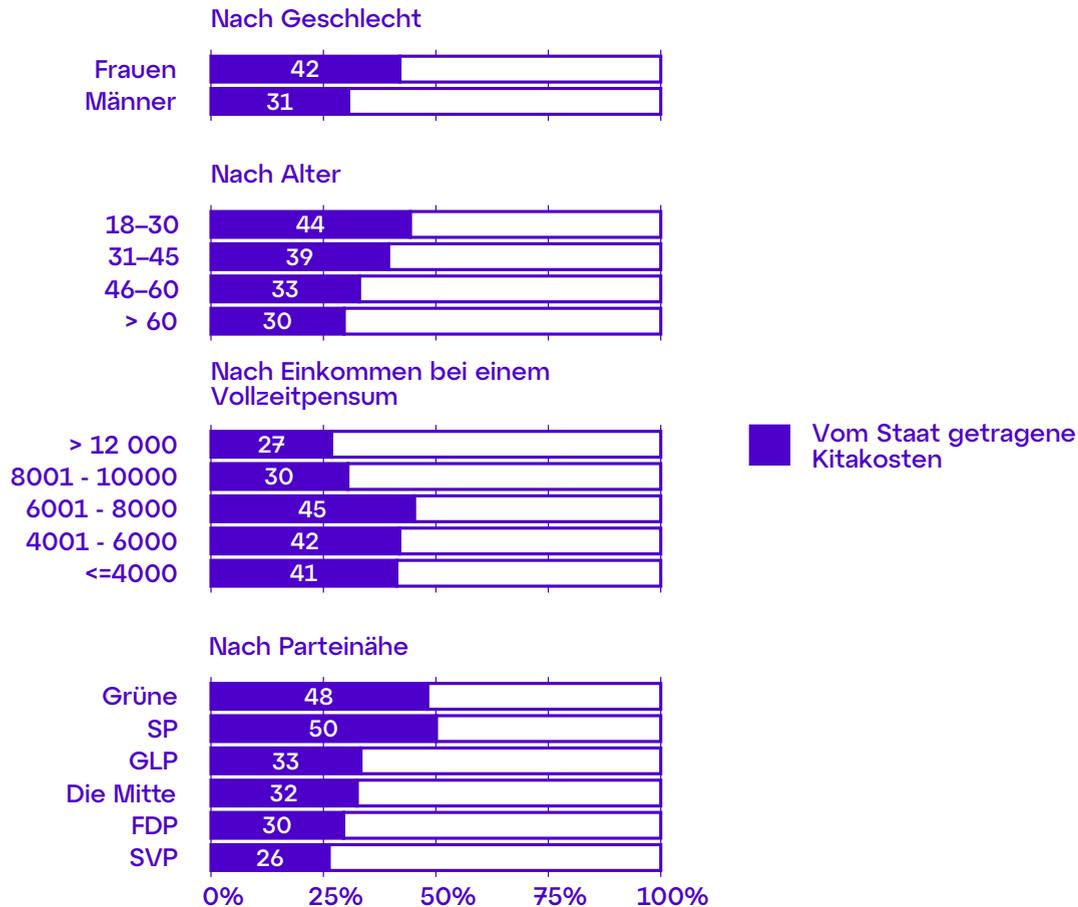
Der Staat soll 36 Prozent der Kita-Kosten tragen.

Im Durchschnitt geben die Befragten an, dass der Staat 36 Prozent der Kosten tragen soll, während die Eltern 64 Prozent selbst beizusteuern haben. Wie erwartet, unterscheiden sich die Haltungen nach Geschlecht, Alter und Parteinähe. Frauen fänden einen Staatsanteil von 42 Prozent angemessen, Männer von 31 Prozent. Je jünger einer Person und je weiter links sie politisch steht, desto grösser sollte ihrer Ansicht nach der Anteil der Kitakosten sein, die vom Staat getragen werden. Auffällig ist dabei allerdings, dass auch die Basis der linken Parteien (Grüne und SP) keineswegs eine Übernahme sämtlicher Kosten durch den Staat wollen. Sie bevorzugen eine

Übernahme der Kita-Kosten zu gleichen Teilen durch den Staat und die Eltern.

Staatlich getragene Kita-Kosten (Abb. 40)

«Wie viel Prozent der Betreuungskosten für Kinder von erwerbstätigen Eltern sollten Ihrer Meinung nach grundsätzlich vom Staat getragen werden?», Angaben in Prozent



4.3. Erwerbsanreize und Individualbesteuerung

Wie gezeigt, stehen volkswirtschaftliche Überlegungen bei der Bevölkerung nicht im Vordergrund, wenn es um die Unterstützung von Familien geht. So wird eine Herdprämie, die einem negativen Erwerbsanreiz gleichkommt, von einer klaren Mehrheit der Befragten unterstützt. Zugleich steht die Bevölkerung jedoch grundsätzlich auch Ansätzen offen, die darauf abzielen, die Erwerbsanreize von jenem Elternteil zu erhöhen, das bislang zu einem tieferen Pensum gearbeitet hat. Heute führt die Ausgestaltung der Steuerprogression dazu, dass der zusätzliche Lohn, der bei der Erhöhung des

tiefere Pensums erwirtschaftet wird, zu einem grossen Teil durch höhere Steuern wettgemacht wird.

Eine Steuersystem, das Erwerbsanreize für Zweiteinkommen schafft, wird positiv beurteilt.

Im Grundsatz wird eine Korrektur des Steuersystems von einer grossen Mehrheit gutgeheissen. 76 Prozent sagen «Ja» oder «eher Ja» dazu (Abb. 41). Auch die konkrete Einführung einer Individualbesteuerung wird von 70 Prozent begrüsst. Die Individualbesteuerung führt dazu, dass Paare mit ausgeglichenen Einkommen bessergestellt werden im Vergleich zu Paaren mit nur einem Haupteinkommen.

Die Gesamtzustimmung zur Individualbesteuerung ist zwar fast ebenso hoch wie für das Grundprinzip einer steuerlichen Entlastung der Zweiteinkommen. Dennoch fällt auf, dass viel mehr Befragte nur mit «eher Ja» statt mit «Ja» antworten. 47 Prozent sagen klar Ja zum allgemeinen Prinzip, aber nur 32 Prozent sagen klar Ja zur Individualbesteuerung.

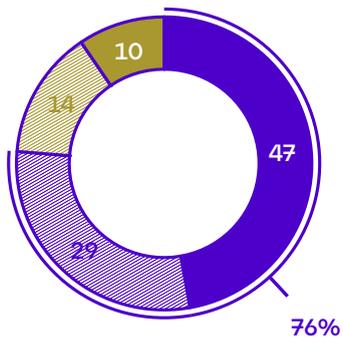
Dies zeigt, dass die Konkretisierung des Anliegens zu vermehrten Vorbehalten führt. So wurde bei der Frage zur Individualbesteuerung erwähnt, dass Ehepaare, bei denen eine Person deutlich mehr verdient, mehr Steuern bezahlen müssten als heute. Dies macht einen Teil der Befragten offenbar unsicher in Bezug auf die Unterstützung. Die Individualbesteuerung ist ein Anliegen, dem im Prinzip grosse Mehrheiten der Schweizer Bevölkerung zustimmen. In einem allfälligen Abstimmungskampf geht es jedoch nicht mehr nur um ein Grundprinzip, sondern um konkrete finanzielle Folgen. Persönliche Kosten-Nutzen-Rechnungen werden dann eine wesentlich wichtigere Rolle spielen.

Steuerliche Anreize für höhere Erwerbsspenden (Abb. 41)

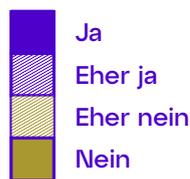
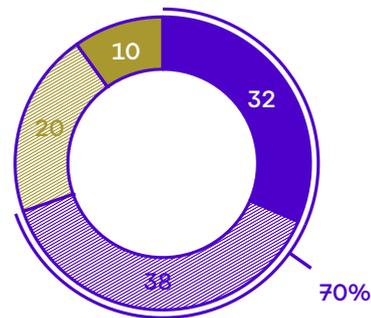
Steuerliche Anreize für höhere Erwerbsspenden: «Bei Paaren mit Kindern lohnt es sich finanziell oft nicht, dass der Elternteil mit dem tieferen Pensum mehr arbeitet, weil das zusätzliche Einkommen durch höhere Betreuungskosten und Steuern verloren geht. Soll dies geändert werden?»,

Individualbesteuerung: «Es gibt das Anliegen, dass auch verheiratete Personen einzeln besteuert werden. Ehepaare, bei denen beide ähnlich viel verdienen, würden weniger Steuern zahlen als heute. Ehepaare, bei denen eine Person deutlich mehr verdient, würden mehr Steuern zahlen als heute. Wie stehen Sie dazu?», Angaben in Prozent

Allgemein: Steuerliche Anreize für höhere Erwerbsspenden



Konkret: Einführung einer Individualbesteuerung

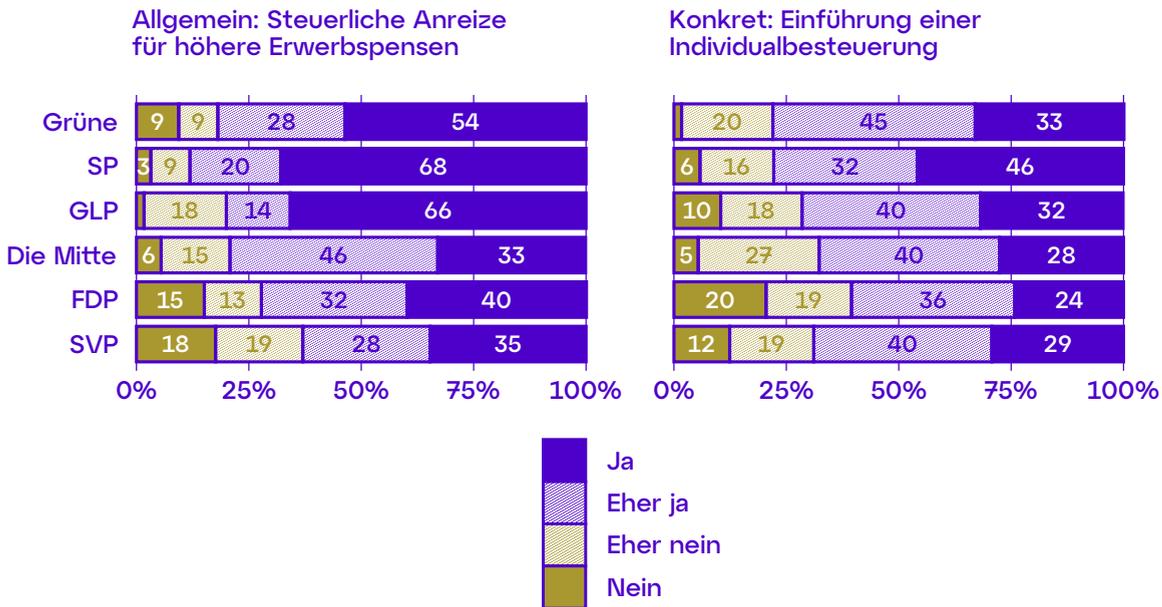


Erstens werden Gleichstellungsanliegen auf der linken Seite des politischen Spektrums stärker unterstützt als auf der Rechten. Zweitens sind egalitäre Erwerbsmodelle nirgendwo stärker verbreitet als bei der Anhängerschaft der SP. Bei Paaren mit traditioneller Rollenenteilung würde eine Individualbesteuerung zwar den stärksten Erwerbsanreiz für das Zweiteinkommen setzen.

Obwohl die Volksinitiative zur Einführung einer Individualbesteuerung von den FDP-Frauen lanciert wurde, ist deren Ablehnung ausgerechnet bei der FDP-Anhängerschaft am grössten (Abb. 42). Die deutlichste Zustimmung besteht dagegen bei der Basis der SP.

Steuerliche Anreize für höhere Erwerbspensen – nach Parteinähe (Abb. 42)

Steuerliche Anreize für höhere Erwerbspensen: «Bei Paaren mit Kindern lohnt es sich finanziell oft nicht, dass der Elternteil mit dem tieferen Pensum mehr arbeitet, weil das zusätzliche Einkommen durch höhere Betreuungskosten und Steuern verloren geht. Soll dies geändert werden?»,
 Individualbesteuerung: «Es gibt das Anliegen, dass auch verheiratete Personen einzeln besteuert werden. Ehepaare, bei denen beide ähnlich viel verdienen, würden weniger Steuern zahlen als heute. Ehepaare, bei denen eine Person deutlich mehr verdient, würden mehr Steuern zahlen als heute. Wie stehen Sie dazu?»,
 Angaben in Prozent



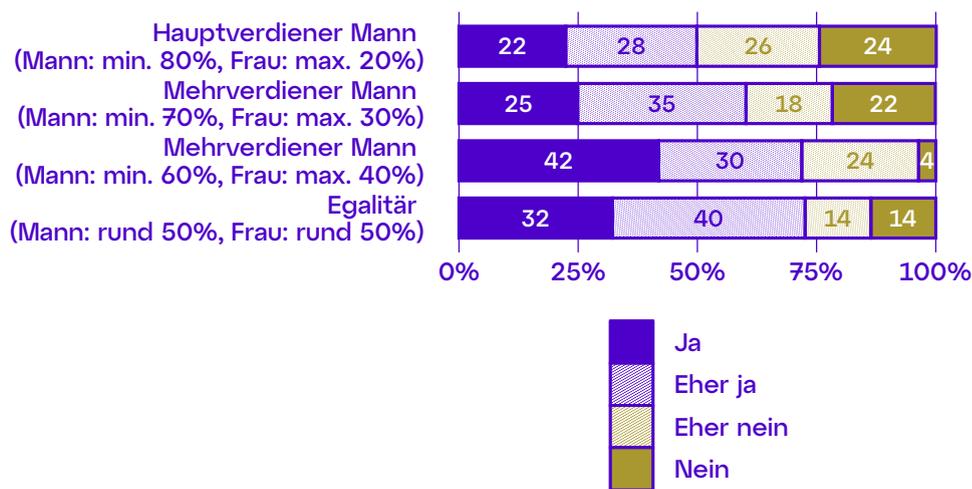
Dieser auf den ersten Blick überraschende Befund ist durchaus erklärbar. Es sind jedoch Paare mit egalitären Modellen, die unmittelbar von einer Individualbesteuerung profitieren. Dies, weil bei diesen durch die individuelle Aufteilung der Steuerveranlagung die Steuerprogression tiefer ausfällt.

Die Individualbesteuerungsinitiative der FDP-Frauen wird von der FDP-Basis am wenigsten, von jener der SP am meisten unterstützt.

Die Haltung zur Individualbesteuerung hängt stark davon ab, in welchem Erwerbsmodell Personen in Partnerschaften leben. Personen, die in einer Partnerschaft leben, in der beide ähnlich viel zum Haushaltseinkommen beitragen, sind vermehrt für eine Individualbesteuerung (Abb. 43). Personen, die in Partnerschaften leben, in welcher der Mann Hauptverdiener ist (mindestens 80 Prozent des Haushaltseinkommens), sind dagegen skeptischer.

Haltung zur Individualbesteuerung – nach Erwerbsmodell (Abb. 43)

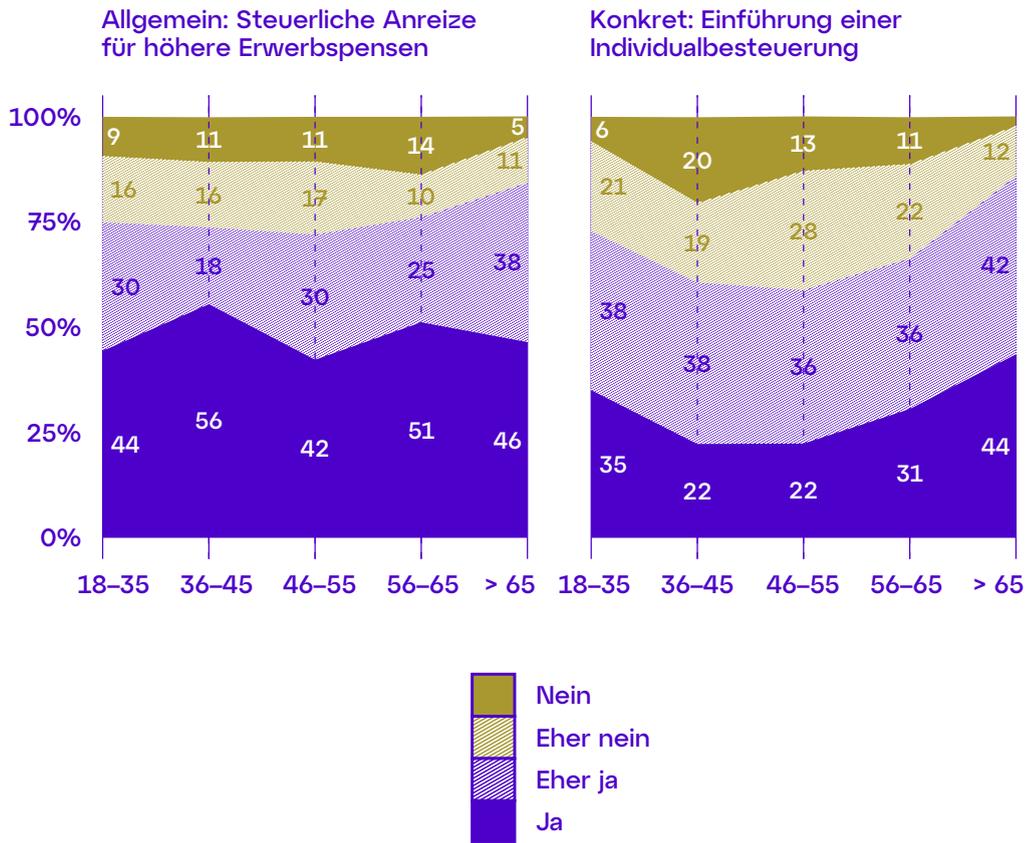
«Es gibt das Anliegen, dass auch verheiratete Personen einzeln besteuert werden. Ehepaare, bei denen beide ähnlich viel verdienen, würden weniger Steuern zahlen als heute. Ehepaare, bei denen eine Person deutlich mehr verdient, würden mehr Steuern zahlen als heute. Wie stehen Sie dazu?», nur Personen, die mit Partner:in in einem gemeinsamen Haushalt leben, Angaben in Prozent



Die Zustimmung für steuerliche Anreize für die Erhöhung des Erwerbsspendums der Zweitverdienenden unterscheidet sich nur wenig nach Alter (Abb. 44). Geht es um das konkrete Anliegen einer Individualbesteuerung, zeigt sich dagegen ein U-förmiger Verlauf der Zustimmung. Die Skepsis ist bei den 36- bis 55-Jährigen am grössten. Das sind ausgerechnet jene Altersgruppen, um die es bei diesem Anliegen vor allem geht: Personen in der Familienphase. Einige davon fürchten sich womöglich stärker vor einer zusätzlichen Belastung des Ersteinkommens, als dass sie in der Entlastung des Zweiteinkommens eine Chance sehen.

Steuerliche Anreize für höhere Erwerbspensen – nach Alter (Abb. 44)

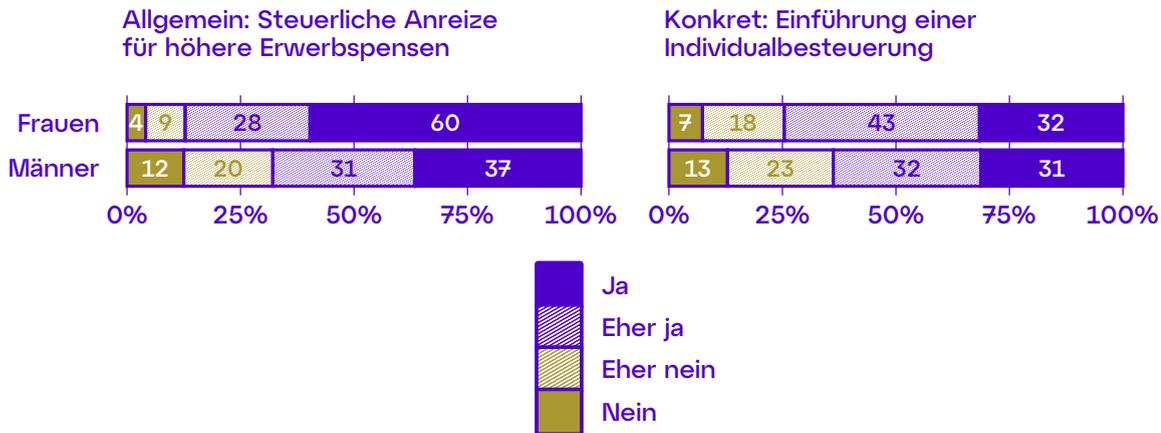
Steuerliche Anreize für höhere Erwerbspensen: «Bei Paaren mit Kindern lohnt es sich finanziell oft nicht, dass der Elternteil mit dem tieferen Pensum mehr arbeitet, weil das zusätzliche Einkommen durch höhere Betreuungskosten und Steuern verloren geht. Soll dies geändert werden?»,
 Individualbesteuerung: «Es gibt das Anliegen, dass auch verheiratete Personen einzeln besteuert werden. Ehepaare, bei denen beide ähnlich viel verdienen, würden weniger Steuern zahlen als heute. Ehepaare, bei denen eine Person deutlich mehr verdient, würden mehr Steuern zahlen als heute. Wie stehen Sie dazu?»,
 Angaben in Prozent



Erwartungsgemäss ist die Unterstützung für steuerliche Anreize für die Steigerung der Zweiteinkommen bei den Frauen grösser als bei den Männern (Abb. 45). Der Geschlechter-Gap ist allerdings wesentlich stärker ausgeprägt beim allgemeinen Anliegen als bei der Individualbesteuerung.

Anreize für höhere Erwerbsspenden – nach Geschlecht (Abb. 45)

Steuerliche Anreize für höhere Erwerbsspenden: «Bei Paaren mit Kindern lohnt es sich finanziell oft nicht, dass der Elternteil mit dem tieferen Pensum mehr arbeitet, weil das zusätzliche Einkommen durch höhere Betreuungskosten und Steuern verloren geht. Soll dies geändert werden?»,
 Individualbesteuerung: «Es gibt das Anliegen, dass auch verheiratete Personen einzeln besteuert werden. Ehepaare, bei denen beide ähnlich viel verdienen, würden weniger Steuern zahlen als heute. Ehepaare, bei denen eine Person deutlich mehr verdient, würden mehr Steuern zahlen als heute. Wie stehen Sie dazu?»,
 Angaben in Prozent



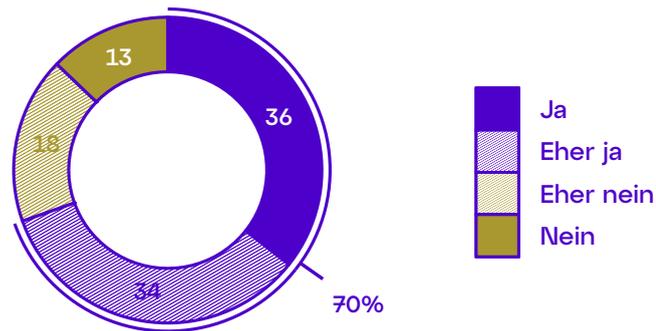
4.4. Mehr Lasten für freiwillig Geringverdienende

Familien mit tieferen Einkommen erhalten in verschiedenen Bereichen Vergünstigungen – so etwa bei Kita-Kosten oder Krankenkassenprämien. Das Einkommen hängt dabei nicht nur vom Lohnniveau der Eltern ab, sondern auch von ihrem Erwerbsgrad. Auch Personen mit einem hohen Lohnniveau, die Teilzeit arbeiten, haben ein tieferes Einkommen. Hängen Vergünstigungen nur vom Einkommens- und nicht vom Lohnniveau ab, schafft dies Anreize für Eltern weniger zu arbeiten. 70 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass solche freiwilligen Geringverdienende keinen Anspruch auf Vergünstigungen haben sollten (Abb. 46).

Wer mit hohem Lohnniveau wenig arbeitet, soll keine Subventionen mehr erhalten.

Anrecht auf Vergünstigungen (Abb. 46)

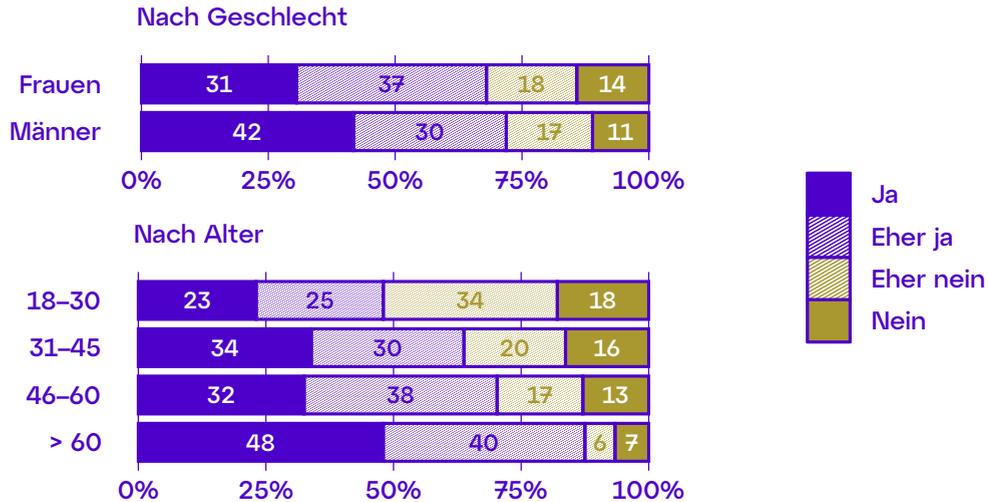
«Aktuell ist es meist so, dass auch Personen Vergünstigungen (Krankenkassenprämien, Kita usw.) erhalten, die ein hohes Lohnniveau haben, aber in tiefen Pensen (unter 60%) arbeiten. Sind Sie der Ansicht, dass zukünftig das Einkommen berücksichtigt werden sollte, welches man bei einem Vollzeitpensum verdienen würde?», Angaben in Prozent



Es sind insbesondere ältere und männliche Befragte, die überzeugt sind, dass das Anrecht auf Vergünstigungen auf Familien beschränkt werden soll, die aufgrund des tiefen Lohnniveaus und nicht aufgrund der tiefen Erwerbspensen wenig verdienen (Abb. 47). Nur bei den 18- bis 30-Jährigen spricht sich eine knappe Mehrheit dagegen aus. Bei den jungen Erwachsenen ist das Verständnis für Eltern, die statt ihres Einkommens, ihre Zeit mit den Kindern steigern wollen, am grössten.

Anrecht auf Vergünstigungen – nach Geschlecht und Alter (Abb. 47)

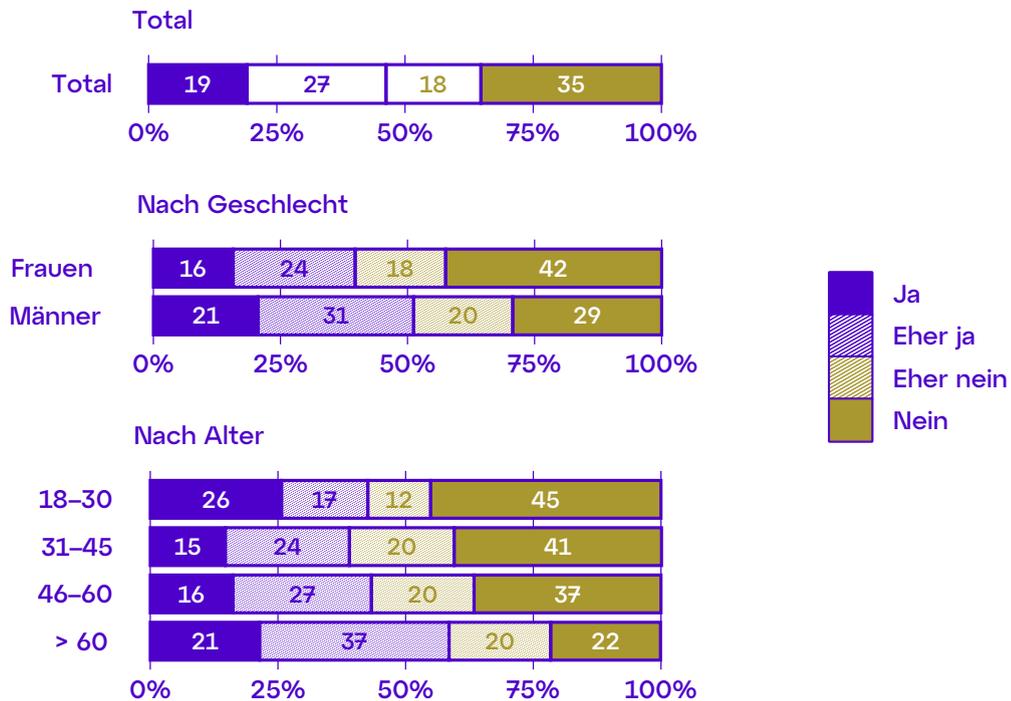
«Aktuell ist es meist so, dass auch Personen Vergünstigungen (Krankenkassenprämien, Kita usw.) erhalten, die ein hohes Lohnniveau haben, aber in tiefen Pensen (unter 60%) arbeiten. Sind Sie der Ansicht, dass zukünftig das Einkommen berücksichtigt werden sollte, welches man bei einem Vollzeitpensum verdienen würde?», Angaben in Prozent



Immerhin 46 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass wer eine längere Ausbildung genossen hat und später weniger als 60% arbeitet, einen Teil der vom Staat getragenen Ausbildungskosten zurückzahlen sollte (Abb. 48). Dabei besteht ein markanter Geschlechterunterschied: Während eine knappe Mehrheit der Männer (52 %) dieses Anliegen befürwortet, ist eine deutliche Mehrheit der Frauen (60 %) dagegen. Besonders hoch ist die Zustimmung für diesen Vorschlag bei den älteren Befragten. Er wird von 58 Prozent der über 60-Jährigen positiv beurteilt.

Ausbildungskosten – nach Geschlecht und Alter (Abb. 48)

«Wer eine längere Ausbildung genossen hat und später weniger als 60% arbeitet, sollte einen Teil der vom Staat getragenen Ausbildungskosten zurückzahlen müssen.», Angaben in Prozent



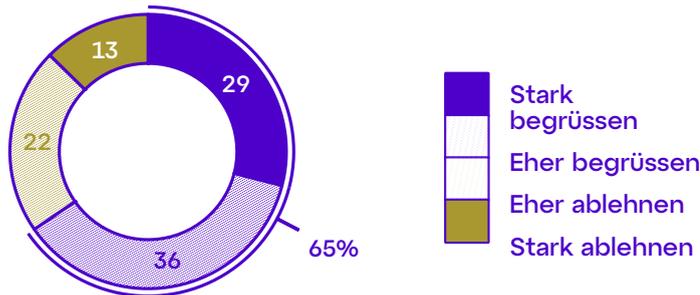
4.5. Populäre Viertagewoche

Als Massnahme gegen den Fachkräftemangel und für mehr Gleichberechtigung hat Island die gesetzliche Arbeitswoche auf vier Tage verkürzt. Andere Länder wie Spanien evaluieren eine solche Massnahme. Diese soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und damit insbesondere die Erwerbsintegration von Müttern erhöhen. Auch in der Schweiz wird über die Viertagewoche diskutiert. Sie findet in der Bevölkerung breite Unterstützung. Zwei Drittel der Befragten begrüßen eine Viertagewoche eher oder klar.

Zwei Drittel begrüßen eine Viertagewoche.

Viertagewoche (Abb. 49)

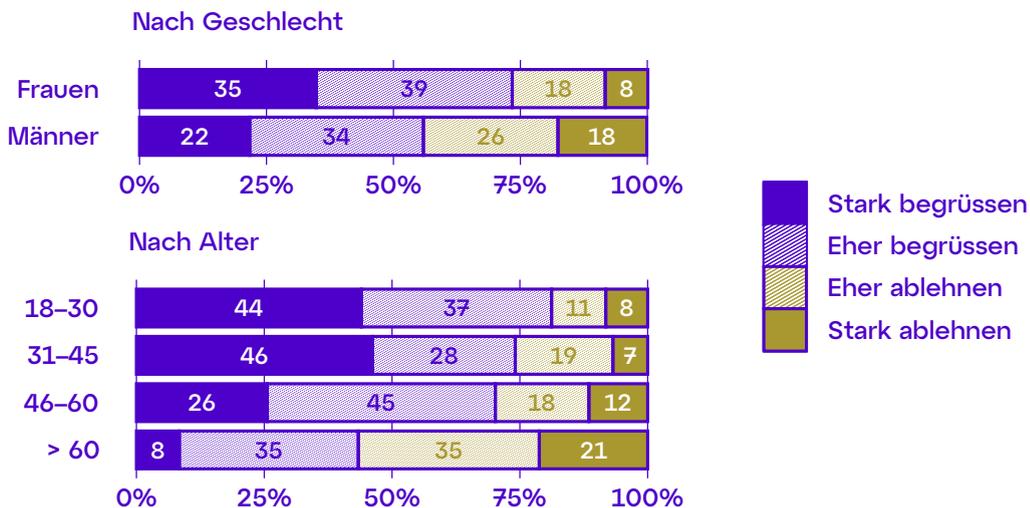
«Island hat bereits die gesetzliche Arbeitswoche auf vier Tage verkürzt und andere Länder wie Spanien evaluieren eine solche Massnahme. Auch in der Schweiz haben verschiedene Unternehmen die 4-Tage-Woche schon eingeführt. Würden Sie eine solche Verkürzung der Arbeitswoche auf 4 Tage begrüßen oder ablehnen?», Angaben in Prozent



Auch bei der Viertagewoche zeigt sich das übliche Bild. Es sind vor allem Frauen und jüngere Befragte, die sich für diese Massnahme aussprechen. Auffällig ist dabei, dass bei den 18- bis 45-Jährigen annähernd die Hälfte eine Viertagewoche nicht nur «eher», sondern «stark» begrüßen (Abb. 50).

Viertagewoche – nach Alter und Geschlecht (Abb. 50)

«Island hat bereits die gesetzliche Arbeitswoche auf vier Tage verkürzt und andere Länder wie Spanien evaluieren eine solche Massnahme. Auch in der Schweiz haben verschiedene Unternehmen die 4-Tage-Woche schon eingeführt. Würden Sie eine solche Verkürzung der Arbeitswoche auf 4 Tage begrüßen oder ablehnen?», Angaben in Prozent

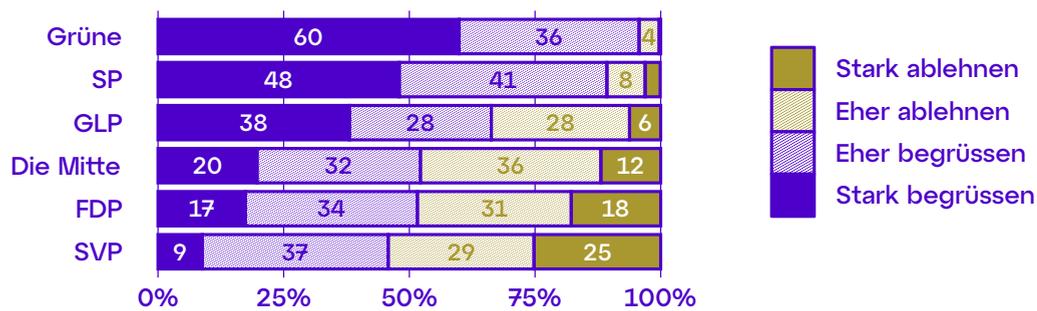


Die Haltung zur Viertagewoche folgt einem sehr deutlichen Links-rechts-Gegensatz (Abb. 51). Während sich 60 Prozent der

Basis der Grünen dafür aussprechen, tun es nur 9 Prozent der SVP-Anhängerschaft. Wie bei der Individualbesteuerung ist auch bei dieser Frage der Anteil jener, die das Anliegen nur «eher begrüßen» relativ gross. Dies zeigt, dass eine Mehrheit zwar die Stossrichtung des Anliegens gut findet. Ob eine ausgestaltete Vorlage mehrheitsfähig ist, hängt jedoch auch von den damit verbundenen Kosten und Konsequenzen ab.

Vier-Tage-Woche – nach Parteinähe (Abb. 51)

«Island hat bereits die gesetzliche Arbeitswoche auf vier Tage verkürzt und andere Länder wie Spanien evaluieren eine solche Massnahme. Auch in der Schweiz haben verschiedene Unternehmen die 4-Tage-Woche schon eingeführt. Würden Sie eine solche Verkürzung der Arbeitswoche auf 4 Tage begrüßen oder ablehnen?», Angaben in Prozent



Methodik

5.1. Datenerhebung

Die Datenerhebung fand zwischen dem 24. November und dem 12. Dezember 2022 statt und erfolgte online. Die Teilnehmenden wurden über die bestehenden Online-Panels von Sotomo und bilendi per Einladung rekrutiert («opt-in» online survey). Die realisierte Stichprobe beläuft sich auf 2019 Personen.

5.2. Repräsentative Gewichtung

Um repräsentative Ergebnisse zu erhalten, wurde die kombinierte Stichprobe mittels IPF-Verfahren («Iterative Proportional Fitting», auch «Raking» oder «Raking Ratio» genannt) statistisch gewichtet. Zu den Gewichtungskriterien gehören Geschlecht, Alter, Ausbildungsstand, Erwerbsquote sowie politische Positionierung (Parteinähe). Grundgesamtheit ist die sprachintegrierte Wohnbevölkerung der deutsch- und französischsprachigen Schweiz ab 18 Jahren. Für die vorliegende Gesamtstichprobe beträgt das 95-Prozent-Konfidenzintervall (für 50 Prozent Anteil) +/-2.2 Prozentpunkte.

#geschlechtergerechter

Der Ort für den Geschlechterdialog

Geschlechtergerechter ist eine Initiative für eine geschlechtergerechtere Schweiz. Als Debattenraum bezieht geschlechtergerechter.ch unterschiedliche Strömungen, Meinungen und Lebensentwürfe ein. Als digitale Drehscheibe rund um das Alltagsthema Geschlecht und Gesellschaft bietet sie Aktuelles und Historisches, Fakten und Geschichten, Zahlen und Gefühle. Eine Vielfalt von Wegen und Ideen für ein chancen- und geschlechtergerechteres Miteinander sollen nebeneinanderstehen. geschlechtergerechter.ch verbindet Menschen, bündelt Kräfte und erprobt neue Arten des Konsenses. Die jährlich wiederkehrende #geschlechtergerechter-Befragung legt den Grundstein für einen faktenbasierten Geschlechterdialog und zeigt als Monitor gesellschaftliche Veränderungen über die Zeit.

Verein Geschlechtergerechter
Universitätstrasse 65
8006 Zürich
info@geschlechtergerechter.ch
geschlechtergerechter.ch

